Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Aprilhälfte 1500.— Mk. Einzelverkaufspr. 120 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf: 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 300.— Mark, auswärtige 350.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Mk., für Reklamen 1200.— Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 89. Dienstag, 17. April 1923. 30. Jahrgang.

Ruhrdebatte im Reichstag.

Montag, 16. April, nachm. 2 Uhr.

SPD. Am Regierungstisch das gesamte Reichskabinett unter Führung des Reichskanzlers. Die Tribünen sind stark besetzt.

Ein Antrag der Deutschvölkischen, der sich gegen die Beschränkung der persönlichen Freiheit von Abgeordneten wendet, wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. — Das provisorische Handelsübereinkommen mit Spanien wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Es folgt dann die zweite Lesung des Haushaltsplans des Auswärtigen Amtes. — Für den Haushaltsausschuß berichtet Abg. Hoetzsch (DN.). Alsdann erhält das Wort

Reichsminister des Aeußern Dr. v. Rosenberg:

Eine Fülle schier unlösbarer Probleme hat uns der Weltkrieg aufgebürdet und drückt mit einem Gewicht auf Deutschland, dessen Schwere wir täglich empfinden. Wer die heimischen Dinge vom Auslande her zu verfolgen hatte und unter dem unmittelbaren Eindruck der fremden Umwelt, ihrer Anschauungen und Urteile stand, dem kam die ungeheure Schwierigkeit auch des kleinsten Fortschrittes in unseren auswärtigen Beziehungen deutlich zum Bewußtsein. Wer immer an dieser Arbeit fortzubauen hat, **wird sich von der Illusion freihalten müssen, als besäßen wir viele Freunde in der Welt.** (Sehr richtig!) Der Glaube an Deutschland und das deutsche Volk gab uns die Kraft, waffenlos dem französischen Einbruch in das Ruhrgebiet entgegenzutreten. Zahlreich sind die Opfer. **Der Ausgang des ungleichen Kampfes wird von weltgeschichtlicher Tragweite sein.** Gelänge es Frankreich, was nicht der Fall sein wird, die waffenlose Bevölkerung auf die Knie zu zwingen, so wäre der Militarismus für alle Zeiten Trumpf und für den Gang der Weltgeschichte wäre künftig nur noch die Zahl der Bajonette entscheidend. Erweist sich aber der Waffenlose als unüberwindlich, so ist der Beweis erbracht, daß die Macht kriegerischer Rüstungen und militärischer Gewalt ihre Grenzen hat und daß der auf Vernunft und Recht gestützte, geschlossene Wille eines Volkes mehr ist und stärker ist als Tanks und Maschinengewehre. Am Rhein und an der Ruhr wird nicht um Holz und Kohle, sondern um Fortschritt oder Rückgang des Rechts- und Friedensgedankens gerungen. (Sehr wahr!) Unser eigenes Ziel in diesem Ringen ist ein reines Verteidigungsziel; darum sind auch unsere Abwehrmaßnahmen rein defensiv. Kraft und Erfolg unsrer Abwehr hängt davon ab, daß es so bleibt. (Sehr gut!) Wir wollen mit Standhaftigkeit zur Freiheit, die schwer belastet sein wird mit Leistungen, die bis an die Grenze unserer Kraft gehen, an deren Erfüllbarkeit aber das deutsche Volk glauben muß, um sie erfüllen zu können. (Sehr gut!) Frankreich hört nicht auf, vom bösen Willen Deutschlands zu sprechen. Alle unsere Vorschläge zur Regelung der strittigen Fragen und zur Schaffung des Friedenspaktes sind abgelehnt worden. Auf der Pariser Konferenz im Januar hat man nicht einmal unseren Vorschlag zur Kenntnis genommen. **Es handelte sich um ein festes Angebot von 20 Milliarden Mark, zu 5 Prozent verzinslich und nach Möglichkeit im Wege einer internationalen Anleihe aufzubringen.** Diese 20 Milliarden Mark sollten sich nach vier und acht Jahren um je 5 Milliarden auf zusammen 30 Milliarden erhöhen, wenn das internationale Anleihe-Konsortium die Leistungsfähigkeit Deutschlands als gegeben erachtet. Das war das, was wir im besten Falle übernehmen zu können glaubten. Inzwischen hat der Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet stattgefunden und Deutschlands Fähigkeit zur Zahlung von Reparationen verringert. Ich glaube, daß die Lösung, die eines Tages gefunden werden wird, von diesem in Paris so stiefmütterlich behandelten deutschen Projekt ihren Ausgang nehmen wird. **Deutschland ist bereit und gewillt, zur Erfüllung seiner Reparationspflicht zu arbeiten, zu opfern und zu zahlen was immer in seiner Kraft steht.** Dies ist der Inhalt, aber auch die Grenze seiner Verpflichtung, sie wird erfüllt werden. Wir haben die wichtigsten an Europas Schicksal interessierten, aber nicht unmittelbar am Ruhrkonflikt beteiligten Mächte davon in Kenntnis gesetzt, daß wir den von einem bekannten Staatsmann gewiesenen Weg, die Lösung des Problems einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission höchster Finanzautoritäten zu übertragen, zu gehen bereit sind. Diese Kommission, an der auch Deutschland und Frankreich mit voller Gleichberechtigung teilnehmen, hätte folgende Fragen zu beantworten: **1. Was hat Deutschland bisher geleistet? 2. Was kann und soll Deutschland gerechterweise noch leisten? 3. Auf welche Weise können diese Leistungen sichergestellt werden?** Wird dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten, so wäre die Reichsregierung bereit, an den internationalen Kapitalmarkt wegen Bewilligung einer möglichst großen Anleihe heranzutreten, die von Deutschland mit jener von dem Anleihe-Konsortium als nötig bezeichneten Sicherheit auszustatten und an Frankreich oder die Alliierten als sofortiger barer Vorschuß zu behändigen sein würde. Die Regierung ist überzeugt, und würde erforderlichenfalls durch geeignete Maßnahmen auch auf gesetzlichem Wege dafür sorgen, daß die deutschen Industrie- und Wirtschaftskreise ihre Kraft in den Dienst der so auf das Erfüllbare zurückgeführten deutschen Reparationspflicht stellen. Die auf amerikanische Anregung gefaßte Resolution des zweiten Kongresses der Internationalen Handelskammer findet durchaus unsere Zustimmung.

Die von uns angebotenen Zahlungen waren stets auf Wirklichkeiten aufgebaut und sind stets entrüstet zurückgewiesen worden. **Im Sommer 1919 boten wir 100 Milliarden, die Franzosen forderten 375. Zwei Jahre später in London näherte man sich bereits unserm Pariser Angebot und forderte 132 Milliarden, die deutsche Wirtschaft war aber inzwischen so geschwächt, daß wir nur noch 50 bieten konnten. Im Januar ds. Js. in Paris war man so weit, die von uns in London angebotenen 50 Milliarden zur Grundlage der Erörterungen zu machen. Aber die Zeit und die Entwicklung waren über unser Londoner Angebot hinweggegangen, was 1921 möglich war, konnte 1923 nicht mehr zugrunde gelegt werden.** Deutschlands Wirtschaftskraft bewegt sich, solange die jetzigen Verhältnisse in Europa andauern, unrettbar und unentrinnbar auf absteigender Linie.

Neuerdings beginnt Frankreich wieder das Problem seiner

angeblich bedrohten Sicherheit

in die Debatte zu werfen. Anstatt von der Sicherung Frankreichs zu sprechen, läge es näher, zu untersuchen, wie sich die Wiederkehr ähnlicher Attentate auf die Souveränität des Deutschen Reichs verhindern läßt (Lebh. Zustimmung.), und welche Garantien Frankreich im Interesse der Befriedigung Europas und einer ruhigen Entwicklung der deutschen Verhältnisse zu gewährleisten bereit ist. Pläne, die sich mit der Errichtung eines selbständigen rheinischen Bundesstaates oder der Uebertragung von Verwaltungsbefugnissen auf internationale Organisationen beschäftigen, sind für die militärische Sicherheit Frankreichs wertlos und für uns undiskutabel. Die Rheinlande und die Rheinländer sind und bleiben deutsch. **Unannehmbar ist für uns das System der etappenweisen Räumung des Einbruchsgebiets.** Auch die letzte Rede des Herrn Poincare in Dünkirchen war eine Predigt der Gewalt, mit der er dem Verständigungsgedanken einen schlechten Dienst erwiesen hat. Ein Verhängnis ist es, daß seit Jahrhunderten Frankreich und Deutschland nie zu einem rechten Frieden gelingen konnten.

Die Völker Deutschlands und Frankreichs haben nur eine Wahl: entweder miteinander zu leben oder miteinander unterzugehen.

Solange sich nicht Frankreich dazu entschließt, Deutschlands Recht auf Freiheit und Existenz anzuerkennen, gibt es für uns nur eins: Weiter die Zähne aufeinander zu beißen, zusammenzustehen und im Vertrauen auf unser Recht, gestützt auf die sittlichen Kräfte unseres Volkes, auf seinen Willen zum Leben und seine Liebe zum Land im Widerstand auszuharren. (Lebh. Beifall und Händeklatschen bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Der Herr Minister hat die letzte Rede Poincares mit Ruhe und Besonnenheit betrachtet, wofür wir ihm dankbar sein können. Der französische Ministerpräsident hat mit all den Requisiten gearbeitet, die uns aus der Kriegszeit her bekannt sind: Durchhalten, durchhalten bis ans Ende, um Gottes willen keine Schwäche zeigen! Damals war die Folge, daß nicht nur die Besiegten, sondern auch die Sieger am Ende des Krieges bankrott gewesen sind. Aufgabe der Politik muß es daher sein, bei der Liquidation des Ruhrunternehmens dafür zu sorgen, daß denen, die bankrott geworden sind, die Wiederaufrichtung in der Zukunft ermöglicht wird. Ehe der Einbruch in das Ruhrgebiet liquidiert wird, wird es eine Befriedung Europas nicht geben. Die ganze Welt, insbesondeer das Wirtschaftsleben wird auf das stärkste von den Folgewirkungen dieses Einbruches beeinflußt. Trotzdem sehen wir, daß die mitleidenden Völker bisher nur wenig Anstrengungen gemacht haben, Europa aus dieser furchtbaren Situation herauszuhelfen. Der Völkerbund ist bisher nicht eingespannt worden. Praktisch hätte das auch keinen Zweck gehabt, denn die französische und die belgische Regierung haben bisher stets erklärt, daß sie auch eine Vermittlung des Völkerbundes nicht anzunehmen gewillt seien. (Sehr richtig!) Das ist um des Völkerbundes willen zu bedauern, denn solange der Schützer des Völkerrechtes, der doch der Völkerbund sein soll, sich solchen Einbrüchen gegenüber neutral verhält, kann der Völkerbund ein Ansehen nicht haben. (Lebh. Zust.) Wir müssen uns damit abfinden, daß es anscheinend nicht zu viel Freunde Deutschlands in der Welt gibt. Wenn es anders wäre, dann wäre vier Jahre nach Abschluß dieses Krieges der Einbruch in das Ruhrgebiet ebensowenig möglich gewesen, als die Rede des französischen Ministerpräsidenten in Dünkirchen. Wenn also auch von neutraler Seite nichts zu erwarten ist, so legt uns dis die Pflicht auf, zu prüfen, **ob nicht von deutscher Seite selbst eine Poltik gesteigerter Aktivität zu entfalten wäre.**

Wir dürfen hier nicht auf ein Wunder warten, das wäre keine Politik.

Ein großes Aktivum ist es, daß sich der deutsche Widerstand ganz auf die passive Resistenz eingestellt hat. Das hat uns wirklich Sympathien in der Welt eingebracht. Müßten nicht alle Rechtsfreunde und Anhänger des Völkerbundes wünschen, daß dieser gewaltlose Widerstand gegenüber dem gewaltsimen Einbruch ins Ruhrgebiet und die übrigen Gebiete Deutschlands zum Ziele führt? (Sehr richtig!) Dieser gewaltlose Widerstand war möglich, weil die Bevölkerung, die ihn leistet, felsenfest von ihrem Recht überzeugt ist und weil auf der anderen Seite, wenn es zu einer Kapitulation käme, die Kapitulation die politische Zerreißung Deutschlands zum Ziele und die wirtschaftliche Zerrüttung Deutschlands zur unbedingten Folge hätte. (Allseitiges Sehr richtig!) Herr Poincare mag sich nicht täuschen: **Wenn dieser bewundernswerte Mut der Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr noch weiter gezeigt werden muß, so wird er gezeigt werden!** (Bravo!) **Aber die Bevölkerung, die so Großes geleistet hat, besitzt das Recht, zu verlangen, daß der Weg dieses Muß abgekürzt wird, soweit wir aus eigener Kraft dazu in der Lage sind.** (Sehr wahr! bei den Soz.) Welche Mittel gibt es, um den französischen Militarismus wieder aus dem Ruhrgebiet heraus zu manövrieren? Als völlig untauglich kommt dabei der aktive Widerstand in Betracht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Er ist in der Lage der Deutschen faktisch unmöglich. Auch nach englischer Auffassung ist die passive Resistenz Deutschlands der beste Beweis dafür, daß seine Entwaffnung in der Hauptsache durchgeführt ist. Herr Poincare behauptet das Gegenteil, weil er es für seine Zwecke braucht. Aber ich möchte darauf hinweisen, wie ungeheuerlich es ist, daß es angesichts solcher Strömungen in Frankreich gestern wieder vorkommen konnte, daß in München 6000 Mann Hitler-Gardisten Felddienstübungen abhalten konnten. Das ist geradezu Lieferung von Beweismaterial für die französischen Gewalthaber. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wie lange will die bayrische Regierung diesen verbrecherischen Unfug noch dulden? Will sie nicht, wenn sie nicht den Mut aufbringen kann, dagegen einzuschreiten, nicht lieber abdanken, als Deutschland fortwährend den Gefahren auszusetzen, wie es täglich in München geschieht? In Norddeutschland ist dafür gesorgt, daß die Bäume dieser Leute nicht in den Himmel wachsen. Die Ruhrbevölkerung hat jede Gelegenheit benutzt, um zu zeigen, daß sie mit solchen nationalistischen Treibereien nichts zu tun haben will. Sie fordert von der Regierung energische Mißnahmen, damit der Erfolg ihres Kampfes nicht durch nationalistische Pöbel gefährdet wird. Der passive Widerstand steht, das stellen wir ausdrücklich fest, auch heute noch auf seiner Höhe, und weil das der Fall ist, können wir getrosten Mutes unsere Lage überprüfen. **Wirtschaftlich und finanzpolitisch waren wir auf dem Wege der Gesundung.** Unsere Eisenbahnen waren im Begriff, von der Defizitwirtschaft erlöst zu werden. Jetzt haben wir durch den Einkauf von Kohle aus hochvalutarischen Ländern noch auf lange Zeit hinaus wieder ein Defizit, das den Haushalt der Eisenbahn völlig aus dem Gleichgewicht bringen mußte. In unserer Finanzverwaltung sind wir zur Billionenrechnung übergegangen, in der letzten Märzdekade sind allein 0,8 Billionen neue Noten herausgegeben worden. Unsere Industrie leidet in steigendem Maße, der Export stockt, die innere Kaufkraft der Massen ist gelähmt, die Folge ist die

Steigerung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit,

was wiederum die tägliche Ausgabe ungeheurer Summen für unproduktive Zwecke zur Folge hat. Unsere Gläubiger sollen sich klar darüber sein, daß aus einer völlig zerrütteten Wirtschaft auch der militärisch mächtigste Gegner keine Rekordleistungen herausholen kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gegenüber dem „Temps" stellen wir fest, daß wir den Wirtschaftskampf an der Ruhr nicht bis zum Verbrauch der letzten finanziellen Reserven führen wollen. Wenn auch die französische Regierung das nicht will, so müßte der Weg zur Lösung der Krise gefunden werden. Dieses Problem läßt sich nicht mit den billigen Witzen abtun, die Herr Poincare gestern gebraucht hat, indem er darauf hinwies, daß wir ja genug Kohlen hätten. (Sehr richtig! bei den Soz. und in der Mitte.) Wenn Herr Poincare über diese wirtschaftlichen Tatsachen hinwegsieht, so muß immer wieder der Verdacht aufkommen, daß hinter der französischen Politik machtpolitische Ziele sich verbergen, die zunächst nicht genannt werden, von denen man aber glaubt, daß sie sich praktisch eher durchsetzen werden, wenn Deutschlands Finanzen und Wirtschaft völlig zerrüttet sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Ziele der französischen Politik werden sich in diesem Augenblick zeigen, in dem wir zu Verhandlungen kommen. Wir wünschen auch aus diesem Grunde den Tag der Verhandlungen heran, in denen über alle diese über den Dauerfrieden Europas entscheidende Fragen Klarheit geschaffen wird. Um an dieses Zie zu gelangen, fordern wir eine Politik, die den Weg zu Verhandlungen erleichtert. (Sehr richtig! bei den Soz.) In der Etappe ist schon öfter gefordert worden, daß erst nach der Räumung des Ruhrgebiets verhandelt wird. Die Regierung hat sich niemals in diesem Sinne festgelegt, und die Massen im Ruhrgebiet, die den Kampf führen, haben solche Forderungen niemals erhoben. (Hört, hört! bei den Soz.) Es darf kein Zweifel darüber sein, — das sagen auch wir — **daß jede Verhandlung das nächste Ziel haben muß daß die Räumung des Ruhrgebiets in kürzester Frist erfolgt.** (Sehr richtig! bei den Soz.) Wie kommen wir zu solchen Verhandlungen? Das ist die Schicksalsfrage für die Ruhe Europas. Immer wieder stößt man in der Welt auf das Verlangen, Deutschland möge ein präzises Angebot machen. Der Herr Minister hat uns Mitteilungen gemacht über das beabsichtigte Angebot für die Pariser Konferenz und darauf hingewiesen, daß infolge der Beeinträchtigung der deutschen Wirtschaftskraft durch den Ruhreinbruch dieses Angebot heute einer Nachprüfung unterzogen werden müßte. Aus demselben Grunde hat der Minister seit längerer Zeit seine Politik auf den Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Hughes eingestellt. Es ist natürlich leicht möglich, das ursprüngliche Bergmannsche Angebot mit einer solchen Nachprüfung durch ein Finanzkonsortium in Verbindung zu bringen, ebenso wie z. B. ein präzises Angebot, das wir machten, mit diesem Hughesschen Vorschlag in Verbindung gebracht werden könnte. Ein einfacher Weg wäre nach unserer Auffassung der,

daß ein direktes Angebot an die Gesamtheit der Alliierten gemacht würde,

bei der natürlich nicht die Pauschalsumme in Betracht kommt, sondern es sehr wesentlich auf die Modalitäten der Zahlung ankommt, die einzeln erst dann vereinbart werden könnten, wenn wir die Brücke zu einem internationalen Konsortium geschlagen haben, das die Gelder zu geben hat, die zunächst den Franzosen und Belgiern für Reparationszwecke zur Verfügung gestellt werden. **Ein solches Angebot muß erstens den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete ermöglichen.** (Sehr richtig! bei den Soz.) Frankreich gibt vor, für diesen Zweck 26 Milliarden Goldmark zu gebrauchen, während für Belgien 5 Milliarden Goldmark nach den vorgenommenen Schätzungen eingesetzt werden müßten. **Zweitens müßte Deutschland den Geldgebern Garantien geben für die Verzinsung und Tilgung der Anleihe. Drittens müßte auf die deutsche Leistungsfähigkeit Rücksicht genommen werden. Es ist selbstverständlich, daß, wenn fremde Gläubiger ihr Geld für Deutschland engagieren sollen, auch mit der Politik der Sanktionen Schluß gemacht werden muß.** Die für den Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens genannten Summen liegen ziffernmäßig so nahe bei der Gesamtsumme, die wir im Januar anzubieten bereit waren, daß es doch eigentlich möglich sein müßte, die Voraussetzungen für ein konkretes Angebot zu schaffen, nach-

dem erneut auf Grund der veränderten Wirtschaftsverhältnisse mit den führenden Wirtschaftskräften eine Sondierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse vorgenommen worden ist, und diese für die Garantien angespannt sind, die zur Aufnahme von Anleihen notwendig sind. Es wäre absolut unzulässig, in einem solchen Angebot — wie von anderer Seite befürchtet wird — ein Zeichen der Schwäche zu sehen. Würde dieses Angebot abgelehnt, so wäre das nur ein neuer Antrieb für den passiven Widerstand am Rhein und an der Ruhr. Die Berg- und Hüttenarbeiter wissen, wie Wirtschaftskämpfe zu führen sind, sie stellen erst dann den Kampf ein, wenn eine Vereinbarung in sicherer Sicht ist. Gerade aus der Geistesverfassung der Ruhrarbeiter heraus wird der Wunsch nach einem deutschen Angebot laut. Sie verlangen mit Recht die Führung einer Politik, die ihre Leiden nach Möglichkeit abkürzt. (Sehr wahr! bei den Soz.) **Im Rahmen einer solchen Politik wünscht meine Fraktion ein deutsches Angebot.** (Zust. bei den Soz.) Ein deutsches Angebot würde die Bemühungen der wirtschaftlich denkenden Kreise in den Ententeländern, auch ihre Regierungen verhandlungsreif zu machen, erleichtern. Während ihrer Anwesenheit in Berlin wurden die Sozialisten aus alliierten Ländern von der rechtsstehenden Presse als Feind-Sozialisten empfangen, worüber sie sich köstlich amüsierten, denn ehe sie aus ihrer Heimat abfuhren, wurden sie ebenso wie wir, die wir mit ihnen verhandelt haben, des Landesverrats bezichtigt. **Die Nationalisten in Frankreich und Deutschland sind gleich blöde.** (Heitere Zustimmung bei den Soz.) Es besteht die Möglichkeit, daß in absehbarer Zeit der englisch-französische Akkord gefunden wird, wodurch sich unsere Stellung stark erschweren wird. Auch das nötigt uns, alles zu tun, um selbst mit in die Verhandlungen hereinzukommen. Wir haben deshalb alle Ursache, auf die vergangenen Besprechungen in London und noch mehr auf die künftigen zu achten, weil auch über die Frage der Sicherheit Frankreichs verhandelt wird. Die im Frühjahr 1919 nicht erreichbaren Ziele Frankreichs sind noch nicht aufgegeben. Wir sehen immer noch in Frankreich Kräfte am Werk, die besorgt nach dem alten Preußen sehen und die ganz vergessen, daß ein neuer Rheinstaat im Rahmen des Reiches kein größerer Hort der deutschen Demokratie sein würde als das Preußen der nachrevolutionären Zeit, das in der letzten Zeit genügend Beweise dafür geliefert hat, daß es bereit ist, gegen die Reaktion diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die nach unserer Auffassung notwendig sind. (Sehr wahr! links.) Die Stellung der Sozialisten zu dem Problem der Sicherheit ist klar und eindeutig: **Wir wollen das Aeußerste tun, um für alle Zeiten nach jeder Richtung hin Kriege zu verhindern.** Die nach Sicherheit rufenden Kreise werden vielfach dadurch bestärkt, daß in unserer Etappe wieder Politik getrieben wird nach dem Liede: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!" (Lebh. Zust. bei den Soz.) Mit den Machern dieser Bewegung werden wir uns noch im Laufe dieser Woche beschäftigen. **Die Politik des preußischen Innenministers gegen diese Organisationen ist ein starkes Aktivum unserer deutschen Außenpolitik.**

Die Rheinlande und die Pfalz sind unbestritten deutsches Land und jede Beschränkung der deutschen Souveränität ist als ein Attentat auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu betrachten. Die Beherrschung der linksrheinischen Eisenbahnen durch fremde Kommissionen findet im Friedensvertrag nicht die geringste Stütze und auch eine fremde Gendarmerie hat dort nicht das geringste zu suchen. (Lebh. allseitige Zustimmung.) Wir haben alle Ursache, uns dagegen zu wehren, daß das der Saarbevölkerung angetane Unrecht nun auch durchgeführt wird gegenüber der Bevölkerung am Rhein und womöglich gar an der Ruhr. Durch solche Bestrebungen fördert man nicht den Frieden der Welt. Die deutsche Republik hat sich im Laufe der letzten Jahre tüchtig gefördert, und wenn das nicht noch mehr geschehen ist, so ist nicht zuletzt die Politik der brutalen Gewalt und der fortgesetzten Schikane schuld daran, wie sie unter Führung Frankreichs gegen Deutschland geübt worden ist und die immer wieder Wasser auf die Mühlen der Reaktionäre und revanchelüsternen Politiker Deutschlands geliefert hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Liquidation des Ruhrabenteuers muß so vollzogen werden, daß Frankreich, Deutschland und das gesamte Europa endlich die Befriedigung finden. Das wird nicht eintreten, ohne daß auch wir bereit sind, auf lange Jahre schwere Opfer zu bringen. Aber tragbar müssen die Opfer sein. Dann werden sie gebracht werden in dem Bewußtsein, daß nach Tagen schwerer Leidenszeit doch der Tag der Befreiung in Sicht kommt. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Abg. **Marx** (Zentr.): Das neutrale Ausland hat leider noch viel zu wenig erkannt, welch flagranter Bruch des Versailler Vertrages in dem französischen Ruhreinbruch liegt. Wegen einer verhältnismäßig unbedeutenden Nichterfüllung von Reparationspflichten unterbindet Frankreich die Schlagader unseres Wirtschaftslebens. Unerhört ist die Behauptung Poincares, Deutschland habe noch nichts geleistet. Dabei überteigen unsere Leistungen bereits 50 Goldmilliarden. Frankreich sabotiert geradezu die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete. Es hält die Wunde offen, die längst geschlossen wäre, wenn es unsere Angebote angenommen hätte. Frankreich will keine Reparationen, es will Annexionen. (Sehr richtig!) Besserung kann nur kommen, wenn die ganze Frage rein wirtschaftlich behandelt wird. England und Amerika, die großes Interesse an der Erfüllung des Friedensvertrages haben, sollten sich gegen den französischen Wahnsinn wenden. Mit aller Entschiedenheit weisen wir die politischen Ziele Frankreichs zurück. Hände weg vom Rheinland und der Ruhr! (Lebh. Beifall.) Es muß alles vermieden werden, um dem Feind Vorwände für die Verlängerung des Einbruchs zu geben. Darin gebe ich Herrn Müller recht, aber sonst kann ich seinen Ausführungen nicht folgen. Es ist zurzeit unmöglich, eine bestimmte Entschädigungssumme anzugeben. Im übrigen kann das Parlament nicht in Einzelheiten etwaiger Regierungspläne eindringen. Die Regierung selbst muß für den richtigen Zeitpunkt etwaiger Verhandlungen sorgen, wir können von ihr nur Rechenschaft verlangen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Hoetzsch** (DN.): Es besteht Einmütigkeit darüber, daß unsere Regierung nicht in der Wilhelmstraße stillsitzen und den Daumen drehen darf, sondern aktive Politik treiben muß. Aber worin soll die bestehen? Die Räumung des neubesetzten Gebietes ist die erste Voraussetzung für ein Angebot. Wir wünschen, daß sich die Regierung nicht von ihrem Wege abdrängen läßt. Das frühere Angebot hat heute nur noch historischen Wert. Deutschland darf nicht vergessen, eine Gegenrechnung der durch die Ruhrbesetzung erlittenen Schäden aufzumachen. Herrn Müller wäre ich sehr dankbar für eine Erklärung darüber, was er unter einer Garantierung der Grenzen nach Osten und Westen versteht. (Abg. **Müller** [Soz.]: Nie wieder Krieg! ist unsere Parole.) Wir sind dagegen, daß dem Rheinland durch eine internationale Kontrolle seine Selbstbestimmung genommen und das Saargebiet durch eine einseitige Revision des Versailler Vertrages von Deutschland abgetrennt wird. Von der Regierung erwarten wir eine Erklärung über das Memelgebiet. Gegen die Rede des politischen Ministerpräsidenten legen wir Protest ein. Wir fordern, daß die Regierung die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Interalliierten Militärkontrollkommission unter Beteiligung französischer und belgischer Offiziere in diesem Augenblick unter allen Umständen verhindert und durch Veröffentlichung des im Fechenbach-Prozeß gelieferten Materials die Kriegsschuldlüge zerstört. Gegen die Störung der deutschen Abwehr durch den preußischen Minister Severing werden wir in den nächsten Tagen protestieren. Der sächsische Ministerpräsident ist der Reichspolitik in den Rücken gefallen. (Zuruf links: Wenden Sie sich an Bayern!) Wir verlangen eine Politik, die unsere Volksgenossen am Rhein und Ruhr bald von der französischen Bedrückung befreit.

Weiterberatung: Dienstag 2 Uhr. — Schluß 7 Uhr.

Pressestimmen zur Kanzlerrede.

TU. Berlin, 17. April.

Zur gestrigen Reichstagsrede des deutschen Ministers des Auswärtigen, von Rosenberg, schreibt der **Vorwärts**:

Von uns aus hätte der Minister auf allen Pathos verzichten können, wenn er einen klaren Entschluß verkündet hätte. Auf diesen Platz gehört ein Mann, der den Mut hat, eine schwierige Sache fest anzupacken. Die Probe ist er uns vorläufig schuldig geblieben. Ob und wie sich der Reichsaußenminister von Rosenberg mit der sozialdemokratischen Auffassung auseinandersetzen wird, ist nicht bekannt.

Das Berliner Tageblatt betont: Jeder, der hören und sehen will, sieht hier ein klar umrissenes, wenn auch elastisches Verhandlungsprogramm Deutschlands.

Nach der Vossischen Zeitung muß es Dr. v. Rosenberg als ein Verdienst angerechnet werden, daß er sich durch die Sucht nach innerpolitischem Beifall nicht hat verleiten lassen, seinen Gesamtausführungen eine schroffere Tendenz zu geben, als sie erträglich war, wenn man nicht alle Brücken zu einem Uebereinkommen abbrechen wollte.

*

ecs. Paris, 17. April.

Unter den Kommentaren, die die Pariser Presse der großen Rede des deutschen Ministers des Aeußern von Rosenberg widmen, ist der einzige, der aus dem erwarteten Rahmen fällt, der Matin. Dieses Blatt ist von den eigentlichen Organen der Regierungspartei das einzige, das die Ausführungen des deutschen Ministers nicht ganz brutal zurückweist. Das Blatt meint, nur der Teil der Rede, in dem von Rosenberg auf das deutsche Angebot zu sprechen kommt, das Bergmann der Pariser Konferenz bringen wollte, sei von Interesse. Wenn Herr von Rosenberg, so heißt es in dem Artikel, eine feste Zahl zum ersten Male mit offiziellem Charakter nennt, so geschieht dies offenbar, um zu sondieren. Lord d'Abernon hatte kürzlich von seiner Regierung Instruktionen erhalten, Deutschland dazu anzuregen, Vorschläge zu machen. Die Wilhelmstraße hat ihm jedoch erklärt: Wir werden zwar keine Vorschläge machen, aber Richtlinien aufstellen. Die 50 Milliarden, von denen Herr von Rosenberg sprach, seien eine dieser Richtlinien.

Aus dem Ruhrgebiet.

SPD. Essen, 16. April.

In Dortmund haben die Franzosen am Montag morgen das Warenhaus Althoff besetzt, anscheinend, weil es ihnen nicht gelungen ist, den bereits mehrfach gesuchten Geschäftsführer zu verhaften. In Recklinghausen sind erneut mehrere Schulen für Truppen sowie Krankenbaracken angefordert worden. Außer der Zeche Victor und dem Schacht Ickern südlich Waltrop haben Franzosen bezw. Belgier, soweit bisher bekannt ist, im Laufe des gestrigen Sonntags auch die Zechen Nordstern 3 und 4 bei Gelsenkirchen, Vereinigte Welheim bei Horst-Emscher, Graf Moltke bei Gladbeck und Roland bei Oberhausen besetzt. Die Bahnhöfe Oberhausen, Horst-Emscher Nord, Raxel und Mengede sind erneut von den Franzosen besetzt worden. Von den Kontrollstellen in Weiter und Haßlinghausen wird eine zunehmende Verschärfung der Güterkontrolle in der Hauptsache von Kohlentransporten gemeldet. In Buer und Bottrop werden in Ausführung einer Verordnung, nach welcher Kohlentransporte ohne Passierschein der Besatzung nicht gestattet sind, sämtliche Kohlenwagen auf der Straße angehalten und beschlagnahmt. In Witten sind zur Beschlagnahme von Kohlenfahrzeugen französische Posten aufgestellt. Im Landkreise Schwelm findet zurzeit eine allgemeine Ablösung der französischen Truppen statt. In Bochum ist in der Nacht vom 14. zum 15. April ein betrunkener französischer Soldat von unbekannten Zivilisten verprügelt worden, sodaß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Lebensgefahr besteht nicht.

Verschärfung der Lage in Bochum.

TU. Bochum, 16. April.

In der Nacht vom 15. zum 16. April ist das Zentrum der Stadt abgesperrt worden. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Straßenbahngesellschaft ist aufgefordert worden, 10 Prozent ihrer Einnahme als Steuer an die Franzosen abzuführen. Die Gesellschaft lehnte das Ansinnen ab.

Englands Antwort an Poincare.

Das Echo der Rede von Dünkirchen.

London, 16. April.

Die „Westminster Gazette" nimmt in ihrem Leitartikel als einzigstes Blatt zur Rede Poincares in Dünkirchen Stellung. Das liberale Blatt schreibt, die Rede des französischen Ministerpräsidenten fördere die Lösung der zwischen Frankreich und Deutschland strittigen Fragen nicht merklich. Poincare habe gestern die Gelegenheit ergriffen, um eine Anzahl von Dingen zu sagen, die in der augenblicklichen Lage belanglos seien. Die einzige Frage aber, die dringend geklärt werden müsse, nämlich die des Betrages, den Frankreich fordert, habe er unberücksichtigt gelassen. Was die Welt augenblicklich von Frankreich erwarte, sei ein Zeichen, daß es eine Forderung, die Deutschland für immer als im Verzug befindlich erklären würde, aufgebe. Vielleicht sei es zuviel gewesen, zu erwarten, daß Poincare so vollständig „herabklimme". Es sei aber an der Zeit, zu erkennen, daß die Welt dieser dauernd wiederholten Erklärung der französischen Entschlossenheit, das Ruhrgebiet besetzt zu halten, ohne einen Grund dafür anzugeben, überdrüssig ist.

Die „Westminster Gazette" gibt der Ansicht Ausdruck, wenn der britische Plan angenommen wäre, so würde unter den Alliierten gegenüber dem widerspenstigen Deutschland eine vollkommene Solidarität vorhanden gewesen sein. Das Blatt fährt fort, wenn auch Poincares Rede als versäumte Gelegenheit angesehen werden müsse, so dürfe doch Deutschland nicht unbeschränkt dieselbe Taktik purer Halsstarrigkeit fortsetzen. Deutschland könne seiner Verantwortlichkeit nicht zu entgehen suchen, weil Frankreich eine von den meisten Leuten verurteilte Aktion unternommen habe. Ein aufrichtiges und vernünftiges deutsches Angebot würde eine wesentliche Veränderung der Lage herbeiführen. Poincare habe gestern die Tür nicht geöffnet — aber auch nicht geschlossen. Es sei an der Zeit, daß Deutschland erkenne, was von ihm erwartet werde. England stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Deutschland Reparationen leisten müsse.

Der „Daily Herald" überschreibt seinen Bericht über die Rede des französischen Ministerpräsidenten: „Poincare zerschlägt die Hoffnung auf eine Regelung an der Ruhr."

Der Pariser Berichterstatter des Blattes sagt, die Rede zeige klar, daß die durch die Erörterungen im Anschluß an die Reise Loucheurs nach England erweckte Hoffnung auf eine Regelung der Ruhrfrage illusorisch gewesen sei.

Der Pariser Berichterstatter der „Times" bezeichnet die Rede Poincares als eine äußerst wichtige Erklärung, die sicher politisch ungeheure Wirkung haben werde. Sie werde die Stellung Poincares, der das Ziel zahlreicher Angriffe geworden sei, stärken. Die Tatsache, daß Poincare Loucheur, der an seiner Seite saß, ein öffentliches Kompliment zollte, habe beträchtliche Bedeutung, insbesondere im Hinblick auf das gestern veröffentliche Schreiben Loucheurs, in der er die Leute zurückweise, die die letzten Ereignisse als Anzeichen für die zwischen ihm und Poincare bestehenden Meinungsverschiedenheiten darzustellen versucht hätten.

Das Leben auf anderen Weltkörpern.

Von Arnold Höllner.

Jeugend richten wir in hellen Nächten den Blick auf das Sternengewimmel am Firmament. Winzige Lichtpünktchen, die da funkeln, und doch Welten von unfaßbaren Dimensionen; Sonnen von größerer Wärme, größerer Helligkeit als die, die uns Erdenkindern scheint. Und zwischen diesen Myriaden gigantischer Sonnenbälle hier und da ein Stern mit ruhigem Licht, der gleich unserem irdischen Planeten seinen milden Glanz von der Sonne empfängt. Seit vor 300 Jahren Galilei das erste Fernrohr auf die Wandelsterne richtete, und seit die Wissenschaft in Generationen hindurch denkendem Forscherdrang erkennen lernte, daß die Planeten Erden wie unsere Erde, daß auch jene unendlich fernen, fremden Sonnen höchstlich von dunklen Begleitern umgeben seien, da begann immer mehr die große Frage die Menschheit zu beschäftigen: Sind auch jene Gestirnsfernen der Erde von lebendigen Wesen bewohnt, haben dort vielleicht Geschöpfe, größer, klüger, fruchtbarer und tüchtiger als der Mensch, der Erde gemeint war, sich und seinen winzigen Erdenball als den Mittelpunkt des Universums zu betrachten?

Niemand hat es bisher vermocht, diese Frage zu lösen, so einmaldrei zu lösen, wie es von der ernsten Wissenschaft verlangt wird. Aber der grübelnde Menschengeist hat doch versucht, jene Erscheinungen zu deuten, die die optischen Hilfsmittel von den Himmelssternen zu uns trugen. Wir erkannten auf dem Monde gewaltige Gebirge und zerklüftete, vielleicht erloschene Krater, erkannten auf seiner hellbeschienenen Kugel Länder und Meere, Sonnenlicht und Schatten. Aber wir erkannten auch, daß der Trabant der Erde der Atmosphäre und des Wassers entbehrt, und lebende Wesen, wenigstens nach unserer Vorstellung, vermögen auf ihm nicht zu existieren. Da entdeckte Schiaparelli jene seltsamen, geheimnisvollen Linien auf der Oberfläche des Planeten Mars, die in kerzengerader Richtung verlaufen und sich zu verdoppeln. Der italienische Astronom nannte diese überaus feinen Streifen Kanäle, denn er meinte, die verdoppelnde Beobachtung, daß das Polareis, an seiner weißen Farbe erkenntlich, im Marssommer sichtlich zusammenschmolz, daß aber dann die Farbe der längs der Kanäle gelegenen Regionen frischer wurde, ja geradezu grünlich schimmerte. Percival Lowell, der berühmte amerikanische Marsforscher, erklärte, es könne nach seinen Wahrnehmungen gar kein Zweifel bestehen, daß die Farbe der Marsoberfläche längs der Kanäle im Marssommer einen grünlichen Schimmer annehme. Was lag näher, so schloß man aus diesen Beobachtungen, als die Annahme, daß der Mars von denkenden Wesen bewohnt sei, von Wesen, die über Hilfsmittel von gigantischer Wirkung verfügen, um ihren Weltkörper mit so großartigen künstlichen Wasserläufen versehen zu können. Denn es steht fest, daß Mars, älter und kleiner als die Erde, schon einen großen Teil seines Wassers verdunstet hat. Daraus schloß man, daß eine riesige künstliche Bewässerung nötig sei, um die verdorrende Marswüste im Sommer mit neuer Vegetation zu erfüllen und die Schmelzwasser aus der Polarregion in die Aequatorialgebiete des Planeten zu leiten. Nur dazu konnten die Kanäle dienen, und nur denkende Wesen von höchster intellektueller Vervollkommnung konnten aus ihrem Selbsterhaltungstriebe heraus so ungeheure Werke schaffen.

Diese Schlüsse entbehren nicht der Logik; aber man muß zugeben, daß sie bisher rein hypothetisch sind. Man braucht sich allerdings nicht durch die von manchen Astronomen vertretene Anschauung irre machen zu lassen, daß die Marskanäle nicht existieren. An ihrer Existenz, wohl verbunden, an dem Vorhandensein jener feinen, geradlinigen Erscheinungen, die man mangels einer besseren Erklärung der Kanäle nennt, ist nicht zu zweifeln. Hundertfach sind sie seit ihrer vor mehr als 45 Jahren genialen Entdeckung beobachtet und von den verschiedenen Forschern übereinstimmend gezeichnet worden. Aber ob sie tatsächlich Kanäle, Wasserläufe und noch dazu künstliche sind, das zu entscheiden, ist uns bisher nicht gelungen.

Damit kommt auch die Hypothese von dem Vorhandensein denkender Lebewesen auf dem Mars ins Wanken, und mangels befriedigender Aufschlüsse beginnt wieder mehr die Frage die Gemüter zu beschäftigen, ob das organische Leben nicht nur auf der Erde, sondern überall im Weltall eine Heimstätte hat, und ob es auf jenen Weltkörpern doch sich bis ins erst allmählich aus glühend heißen Gasbällen zu festen Körpern umgewandelt haben. Man kann dieser Frage nur mit den Hilfsmitteln der modernen Physik zu einer Lösung verhelfen. Geht man von der Tatsache aus, daß die Erde mit Myriaden kleinster, einzelliger Lebewesen, Bakterien und Sporen bevölkert ist, unter denen zahlreiche Mikroorganismen vorhanden sind, die ganz außerordentliche Kältegrade vertragen können, Temperaturen, wie sie im freien Weltenraum herrschen, so muß man sich darüber klar sein, daß es in den Jugendtagen der Erde, als diese noch ein glühender Ball war, alle diese kleinen Lebewesen auf der Erde nicht gegeben haben kann. Nun werden aber diese Mikroorganismen zweifellos von der Erde auch zu Myriaden wieder in den Weltenraum entlassen, weil sie zu klein sind, um der Anziehungskraft der Erde noch zu gehorchen. Außerhalb der Grenzen unserer Atmosphäre werden sie von dem Lichtdruck der Sonne erfaßt, der sie in unendliche Fernen schleudert. Denn Maxwell hatte die Theorie aufgestellt, Arrhenius und Schwarzschild haben experimentell bewiesen, daß die abstoßende Kraft des Lichtdruckes in ihrer Wirkung auf alle kleinsten Massen die Anziehungskraft übersteigt. Es ist der gleiche physikalische Vorgang wie bei der Bildung der Kometenschweife, deren ungemein geringe Materie durch den Druck des Lichts von der Sonne abgetrieben wird. Und wie die Materie der Kometenschweife sich über die ganze Bahn der Kometen verteilt, so werden auch jene Sporen und Bakterien in den unendlichen Weltraum getrieben, bis sie irgendwo in die Bahn eines Planeten gelangen, und von diesem angezogen werden. So vermag sich auf diesem Planeten in Aeonen von Jahren wiederum der organische Entwickelungsgang vom einzelligen Lebewesen bis zu den höchsten Stufen der Vollendung zu wiederholen. Und da man annehmen muß, daß die Zahl der im Weltall treibenden Mikroorganismen unendlich groß ist, so ist der Schluß berechtigt, daß es keinen Himmelskörper gibt, der, sofern er die Bedingungen für die Ausbildung organischen Lebens erfüllt, völlig ohne Lebewesen ist. Nichts hindert uns, diese Hypothese dahin zu erweitern, daß die Einzeller durch den Lichtdruck aus dem Bereich des Sonnensystems, in dem sie ihren Ursprung haben, hinausgetrieben werden, um sich in anderen Sonnensystemen auf deren uns unsichtbaren und unbekannten Planeten niederzulassen.

Das anhaltische Vorbild.

Deutschnationale und Grundwertsteuer.

Ende März nahm der Anhaltische Landtag mit großer Mehrheit das Grundwertsteuergesetz an. Für das Gesetz stimmten Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und einige Volksparteiler. Geschlossen wandten sich die deutschnationalen Vertreter gegen die Steuer. Sie blieben damit lediglich ihrer Grundeinstellung getreu, alle Lasten auf die arbeitenden Schichten abzuwälzen, dagegen die Besitzenden vor Opfern zu schonen. Es ist deshalb verständlich, wenn die Deutschnationalen jetzt, nachdem auch ihre Freunde Opfer bringen sollen, nach der Reichsexekutive (!) gegen die anhaltische Regierung rufen. Die Reichsexekutive war bisher immer ihr Heilmittel, wenn in den Ländern etwas gegen ihren Strich geschah. Rufen sie doch auch jetzt wieder wegen des Programms der sächsischen Regierung nach den Machtbefugnissen des Reiches. Nur Bayern blieb außerhalb der Schußlinie.

Die anhaltische Grundwertsteuer erfaßt nur den Boden nach dem gemeinen Wert, nicht seinen Ertrag. Die Steuer ist also damit zur Pacht geworden, der Staat hat sich zum Obereigentümer von Grund und Boden gemacht. Die Demokraten hören diese Bezeichnung aus Furcht vor ihren Wählern nicht gern, ohne daß diese Furcht begründet wäre. In Anhalt sind 26 Prozent des Bodens in staatlichem Besitz; in unmittelbarem Nutzen für die Gesamtheit ist ⅓ des Bodens. Nach dem Etat von 1923, der 14¼ Milliarden Mark erfordert, ergeben die Erträgnisse der Staatsforsten und Domänen allein 7 Milliarden Mark. Nach dem Grundsteuer-Reinertrag von ehemals besitzt der Staat 24,93 Prozent des Gesamtbodenertrages. Er würde also, wenn ihm das ganze Land zur Verfügung stände, einen Gesamtertrag von 28 Milliarden haben, also allein aus dem Bodenertrag eine Einnahme ziehen, die 1½mal so groß wäre wie die Bedürfnisse seines heutigen Gesamtetats. Unter den 80 000 Familien des Landes gibt es 47 000 völlig landlose, 33 000 verfügen über Land, aber zum Teil auch nur als Pächter. 7,68 Proz. des Bodens gehören noch der ehemals regierenden Familie und 600 Großgrundbesitzern, für die sich jetzt die Deutschnationalen so eifrig einsetzen, besitzen ein volles Drittel des Landes! Der Staat hat also, indem er den Gesetzentwurf einbrachte, nur im Interesse der überwiegenden Mehrheit seiner Bürger gehandelt, so daß unverständlich ist, wie man sich weigern kann, für das Obereigentum des Staats an Boden einzutreten.

Das Obereigentum wird nach einer Skala, die von 0,1 bis 1,3 vom Tausend des Wertes geht, vom Staat besteuert. Die fünf Kreise des Landes Anhalt nehmen einen Aufschlag in gleicher Höhe, so daß die Skala insgesamt 0,2 bis 2,6 vom Tausend des Wertes, im Höchstfalle also nur etwas mehr als ¼ des Bodenwertes erfaßt. Wenn der Boden als solcher 5 Prozent Ertrag bringt, ist also im Höchstfalle den privaten Grundbesitzern eine staatliche Zwangshypothek von 5 Prozent auferlegt. Die Bodensteuer muß nach dem jeweiligen Roggenpreis bezahlt werden. Der Bodenwert wird festgestellt nach dem Jahre 1914. Der damalige Roggenpreis ist auf 8,30 Mk. pro Zentner festgelegt. Die nach dem Werte von 1914 zu zahlende Bodenpacht wird in jedem Vierteljahr mit der Ziffer multipliziert, die sich ergibt, wenn man den Roggenpreis von 1914 gleich 8,30 Mk. in den Durchschnittsroggenpreis der vorangegangenen Vierteljahres dividiert. Ist der Roggenpreis also z. B. 5000mal so hoch wie 1914, so wird auch die nach 1914 der Steuerskala gemäß zu zahlende Steuer mit 5000 multipliziert. Wer 20 Morgen Land besitzt, die 1914 je 1000 Mk. Wert hatten, hat diesen Bodenwert mit einem Zehntausendstel, also mit 2 Mk., in Staat und Kreis mit 4 Mk. zu versteuern. Wer 1000 Morgen Land besitzt, die 1914 einen Wert von je 1200 Mk., insgesamt also 1 200 000 Mk., hatten, muß 1200 × 2,6 = 3120 Mk. zahlen. Bei 5000fachem Roggenpreis also 3120 × 5000 = 15,6 Millionen Mark.

Das klingt für die Deutschnationalen fürchterlich, obwohl dieser Betrag heute noch nicht einmal den Wert von 1000 Kilogramm Butter hat. Das ehemalige herzogliche Haus besitzt noch 17 658 Hektar, also 70 632 Morgen. Hätten diese 1914 einen Wert von je 1000 Mk. gehabt, so wären bei rund 70 Millionen Mark Wert von 1914 70 000 × 2,6 = 182 000 Mark Grundwertsteuer zu zahlen. Bei 5000fachem Roggenpreis also 910 Millionen Mark. Wer den 13. Teil des Landes und fast den 7. Teil seines Wertes besitzt, muß diesen Besitz eben heute durch eine Pacht an die Gesamtheit entsprechend verdienen.

Von der Grundwertsteuer befreit sind das Reich, das Land, die Gemeinden, gemeinnützige Vereinigungen und unter bestimmten Voraussetzungen u. a. gemeinnützige Stiftungen und Plätze, Sportplätze und Turnhallen, außerdem mit der Genehmigung des Staatsministeriums private Parks, die dem öffentlichen Verkehr dienen. Für Kirchen und Weltanschauungsvereinigungen ist nur der Boden frei, der unmittelbar und ausschließlich dem religiösen Bedürfnis dient. 23 000 Morgen des Landes, die der Kirche gehören, sind steuerpflichtig. Den Kreisen gegenüber sind auch der Staat und die Gemeinden grundwertsteuerpflichtig gemacht worden. Das geschah insbesondere deshalb, um den beiden waldreichen Kreisen Zerbst und Ballenstedt Einnahmen für ihren Landstraßenbau zu verschaffen. Der Steuersatz ist für sie auf ein Maximum von 1 vom Tausend festgesetzt worden. Von der Grundwertsteuer befreit ist ferner mit 1500 Quadratmeter jedes erste Grundstück, auf dem sich ein zu Wohnzwecken dienendes und bewohntes Gebäude befindet. Für jedes weitere Wohngebäude sind 200 Quadratmeter steuerfrei. Diese Steuerbefreiung erfolgte wegen der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und der aus ihr hervorgehenden Wohnungbauabgabe. Kein Mieter braucht also anzuerkennen, daß Grundwertsteuer auf ihn abgewälzt werde.

Aus dieser kurzen Inhaltsangabe des Gesetzes geht klar hervor, daß der Staat Anhalt ausschließlich im Interesse des Volkes gehandelt hat. Wir erwarten deshalb vom Reichsfinanzminister, der seit mehreren Tagen von den Deutschnationalen mit Protesten gegen dieses Gesetz belästigt wird, daß er sich jeden Eingriffs zugunsten der Großgrundbesitzer enthält. Statt Reichsexekutive wäre viel notwendiger, daß sich das Reich das anhaltische Steuerbeispiel zum Vorbild nimmt, um so einen ernsten Schritt zur Gesundung der Finanzen des Reiches zu machen.

Kabinettumbildung in Wien.

Wien, 14. April.

Nach der durch die Zusammenlegung der Ministerien notwendig gewordenen Umbildung des Kabinetts werden, wie die Blätter melden, der neuen Regierung 6 Christlichsoziale und 2 Großdeutsche angehören. Justizminister Waber und Verkehrsminister Odehnal würden infolge Auflösung ihrer Ministerien ausscheiden; im übrigen werde das Kabinett bis auf den großdeutschen Handelsminister Kraft, der aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten will, unverändert bleiben. An Stelle des Handelsministers Kraft wird der Nationalrat Schürff von der Großdeutschen Partei als Handelsminister vorgeschlagen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 17. April,

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		16. April.
Amsterdam	1 fl.	8249,32
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1216 95
Kristiania	1 Kr.	5775 53
Kopenhagen	1 Kr.	3972 54
Stockholm	1 Kr.	5603 45
Helsingfors	1 finn. Mk.	584,28
Rom	1 Lire	1049,37
London	1 £	97879,68
Neuyork	1 Dollar	21097,12
Paris	1 Frs.	1406 32
Zürich	1 Frs.	3835,32
Madrid	1 Pesetas	3229,40
Wien	100 Kr.	29,66
Prag	1 Kr.	628,92
Budapest	1 Kr.	4,69

Vermischte Nachrichten.

Die Ursache des Fliegerunglücks bei Berlin. Wie der jetzt vernehmungsfähige Flugzeugführer Noack aussagte, beabsichtigte er, seinen Rundflug zu beenden und auf dem vereinbarten Platz am Rande der Hasenheide zur Landung zu schreiten. Als das Flugzeug nur noch eine geringe Höhe hatte, sah er plötzlich, daß auf dem Landungsplatz eine andere Maschine gerade zu einem Rundflug starten wollte. Obgleich Noack trotzdem etwas seitwärts davon hätte landen können, wenn auch vielleicht auf nicht so günstigem Gelände, so entschloß er sich doch, vorsichtshalber noch einmal eine Runde zu fliegen und den Start des anderen Flugzeuges abzuwarten, um so mehr, als die Maschine in bester Ordnung war und der Motor bis dahin tadellos funktioniert hatte. Als der Doppeldecker dann in einer Höhe von 75 bis 100 Metern über der Hasenheide kreuzte, setzte plötzlich der Motor aus, die Tourenzahl verringerte sich so stark, daß der Flugzeugführer befürchtete, er könnte im Gleitflug nicht mehr über die hohen Bäume hinwegkommen. Um nicht mit den Baumkronen in Berührung zu kommen, was zu einem Ueberschlagen der Maschine geführt haben würde, ließ er sein Flugzeug aus einer Höhe von etwa 20 Metern senkrecht durchsacken, in der Ueberzeugung, daß er sich mit der Maschine regelrecht auf die Baumkronen setzen würde, ein Verfahren, das in solchen Fällen durchaus üblich ist und in zahllosen Fällen für die Insassen ohne jeden Schaden abgelaufen ist. Unglücklicherweise war der Doppeldecker im Augenblick des Wegsackens aber gerade über eine lichte Stelle des Wäldchens geraten, so daß er nicht in die Bäume stürzte, sondern auf den Erdboden aufschlug und völlig in Trümmer ging.

Die Hebung eines Gold- und Silberschatzes. Einem Bericht aus Gothenburg zufolge ist in diesen Tagen zwischen Lloyds und der Göteborg bugsering och bjerginasbolag (Rödabolag) ein Abkommen getroffen worden, das die Bergung von 1 Million Pfund Sterling in Gold und Silber aus der Ladung des der Pennsylvania and Oriental Steamship Co. gehörenden Dampfers „Egypt" zum Ziele hat. Dieser Dampfer ist im vorigen Jahre im Golf von Biskaya nach einer Kollision mit einem französischen Dampfer gesunken. Falls die Bergung der genannten Gold- und Silbermenge gelingt, so erhalten beide Bergungsgesellschaften 55 % des Wertes des Geborgenen. Der Dampfer „Egypt" liegt in einer Wassertiefe von 65 Faden, einer Tiefe, in der bisher nicht von Tauchern gearbeitet worden ist. Es müssen daher besondere Taucherapparate für die beabsichtigte Bergung konstruiert werden. Die Rödabolag wird zu der Bergung ihren großen Bergungsdampfer „Fridtjof" entsenden.

Arno Holz, der am 26. April sein 60. Lebensjahr vollendet, ist von 63 Professoren der Literatur und Aesthetik an deutschsprachigen Hochschulen des In- und Auslandes zur Verleihung des Nobelpreises für Literaturgeschichte vorgeschlagen worden; es sind das zwei Drittel der Vorschlagsberechtigten deutscher Zunge überhaupt.

Die Sterblichkeit der Welt. Im ganzen sterben auf der Welt jährlich 33 Millionen Menschen; das macht auf den Tag 91 554, auf die Stunde 3736, auf die Minute 62. Der Mensch lebt im Durchschnitt 38 Jahre; ein Viertel der Menschen stirbt bis zu 7 Jahren, die Hälfte bis zu 17 Jahren. Von 10 000 Menschen wird nur einer 100 Jahre alt, von 500 einer 90 Jahre und von 100 einer 60 Jahre alt.

Dockbrand in London. Durch ein Großfeuer in einem Lagerhaus im Victoria-Dock in London wurden 6000 Tonnen Tabak vernichtet. Der Schaden beträgt über eine Million Pfund Sterling.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Gegen Sommersprossen (597

müssen Sie schon jetzt etwas tun. Wir raten 1 Stück Citabol-Bleichwachs zu kaufen und damit die betreffenden Stellen zu behandeln. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstraße 10.

Der Wanderer ohne Weg.

Roman von August Hinrichs.

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Hannes packte meinen Arm und riß mich mit fort. „Komm," sagte er seltsam beklommen, „das ertrag ich nicht."

Eine lange Zeit ging er schweigend neben mir her.

„Paul, laß uns umkehren," sagte er endlich.

Ich sah ihn verwundert an und merkte wohl, daß ihm die Tränen in den Augen standen. Ich wußte, was ihn so erschütterte — Italien tat ihm weh, der Traum seines Lebens war heute grausam zerrissen; aber ich steckte eine lustige Miene auf.

„Umkehren?" fragte ich, „niemals! Dies Italien ist ein lustiges Land, da werden die Handwerksburschen zu großen Herren."

Aber er lachte nicht mehr und war still und verschlossen.

Ein Tag verlief wie der andere. Heiße und staubige Straßen zwischen heißen Mauern, graue Felder und baumlose Ebenen. Vergebens sahen wir aus nach den ersehnten Wundern. Vielleicht begegneten sie uns in den großen Städten.

Eines Abends marschierten wir in Mailand ein. Ich atmete auf, hier war Leben. Trotz unserer großen Müdigkeit ließen wir uns durch die glänzenden und dichtbelebten Straßen treiben — vornehme Menschen, hell erleuchtete Läden und sausende Straßenbahnen — es war wie daheim. Plötzlich stieß Hannes einen Freudenruf aus und faßte meinen Arm — gerade gingen zwei Männer an uns vorüber, die deutsch sprachen. Ich zog rasch meinen Hut und fragte sie nach einer Gelegenheit, wo man billig übernachten könne. Sie waren zwar nicht so erfreut wie wir, Landsleute zu treffen, bezeichneten uns aber doch den Weg nach einem Asyl, in dem man für wenig Geld ein Bett bekommen sollte.

Hoffnungsvoll gingen wir auf die Suche und fanden endlich in einer engen und finsteren Straße ein großes, düsteres Gebäude, das „Asylo", den Zufluchtsort der Obdach- und Heimatlosen.

Alles in diesem Gebäude war hoffnungslos traurig: der trüb erleuchtete Flur mit den schmutzigen Wänden, die verwahrlosten Zimmer mit den darin hockenden und liegenden Gestalten, dem aus allen Winkeln zusammengefegten Abschaum der menschlichen Gesellschaft — Schmutz und Elend, die sich hier in der Dunkelheit verkrochen, wenige Minuten vom Glanz und Licht des hellen Lebens entfernt.

Als wir in eines der gedrängt vollen Zimmer kamen, erhob sich ein unwilliges Gemurmel — der Platz war besetzt. Und diesen Platz, den einzigen, für eine Nacht errungenen Reichtum der Armen, hielten sie erbittert fest. Nur ein weißhaariger Alter blinzelte uns freundlich an, rückte ganz an die Seite und meckerte aus zahnlosem Munde abgerissene Worte, die wir für eine Einladung halten konnten, uns an seiner Seite niederzulassen. Dumpfe Luft benahm uns den Atem.

Wortlos machten wir uns auf, verließen das Haus, wachten von dem heftigen Gemecker des Alten, der sich verschmäht sah und dessen Güte nun in Haß umschlug.

Aufatmend begrüßten wir das Licht der helleren Straßen. „Ein unheimliches Land," sagte Hannes, der, von der langen Wanderung und den Aufregungen erschöpft, sich kaum noch aufrecht zu halten vermochte. Er fühlte sich unsicher und rings von Gefahren umgeben, da kam er auf den Gedanken, wir wollten uns an die Polizei wenden.

Wir sprachen also den nächsten Schutzmann an, der uns sofort zu einer Polizeiwache brachte. Hier führte ich meinen ganzen Sprachvorrat ins Feld, und wir schienen uns gut zu verständigen, bis ein junger Bursche zu uns trat, dem alle sofort achtungsvoll Platz machten — er konnte Deutsch. Mit einem Siegerlächeln auf den Lippen begann er das Verhör. Wenn er je etwas von der deutschen Sprache gelernt hatte, so hatte er es inzwischen gründlich wieder vergessen und kannte von ihr noch weniger als ich von der italienischen, denn wir verstanden kein Wort. Aber er sprach lustig darauf los, kehrte sich nicht im geringsten an unsere Einwendungen und tat, als unterhielte er sich vorzüglich mit uns. Ich merkte, daß er auf unsere Kosten glänzen wollte und wehrte entschieden ab, aber er ließ sich nicht verblüffen, sondern erklärte, wir seien überhaupt keine richtigen Deutschen, und verließ uns alsdann unter der stillen Bewunderung seiner Zuhörer.

Man hatte aber doch verstanden, daß wir irgendwo schlafen wollten, und nun nahm uns ein Schutzmann mit, um uns unterzubringen. Wir wanderten durch mehrere Straßen in ein Viertel, das uns bekannt vorkam — sollten wir etwa ins „Asylo" geführt werden —?

Wir blieben stehen: „No Asylo — no Asylo," und er, beruhigend: „No, no."

Als er doch in die finstere Asylstraße einbog, hielten wir ihn zurück: „No Asylo!" Er schüttelte freundlich den Kopf und zog uns mit.

Er zog uns ungeachtet unseres Sträubens mit unerschütterlicher Freundlichkeit bis vor die Tür des Asylo, wir ließen ihn eintreten, schlugen die Tür hinter ihm zu und rannten davon. Er verfolgte uns eine Strecke, aber wir waren rascher als er und entkamen.

Zum Glück gerieten wir auf der Flucht in grüne Anlagen hinein, und sobald Hannes statt des Pflasters den weichen Rasen unter den Füßen spürte, war er beruhigt. Wir fanden hinter einem Gebüsch eine geschützte Stelle, schoben die Ränzel unter den Kopf und legten uns, wie so viele Male schon, sorglos und sicher in die Arme der immer bereiten Mutter Grün, der guten Freundin aller wandernden Gesellen und heimatlosen Vagabunden. In unserer Nähe surrten die Elektrischen vorüber, der Lärm des nächtlichen Straßenlebens umbrauste uns, aber wir schliefen getrost — lagen wir doch dicht am Herzen der heiligen Erde.

Beim Erwachen schlug der vertraute Klang des heimischen Kundengrußes an unser Ohr, verwundert sprangen wir auf und standen vor einem Landsmann, den Hannes, der an diesem fremden Lande verzweifelte, gleich mit tausend Fragen bestürmte. Was der anderen Leute Leben Lust ist, war

„Geht nur zur Deutschen Bank, da erfahrt ihr alles," sagte er. Ach, wir hatten kein Guthaben, daß wir uns etwa in eine Bank hineinwagen konnten.

Aber er meinte eine andere Bank.

„Die runde Bank, mitten vorm Mailänder Dom; es sitzen nur Kunden darauf, ihr werdet sie leicht finden." Er schwang seinen Stenz und eilte davon, seinen Freunden nach — sie wollten den Papst sehen und strebten nach Rom.

Hannes überwand seine heftige Abneigung gegen die Stadt und folgte mir durch die Straßen. Wir fanden den Dom, dies marmorne Wunder, und saßen plötzlich auf einer runden Bank, inmitten von zwanzig deutschen Wandergenossen aus allen Ecken des lieben deutschen Vaterlandes.

Hier war Rat und Hilfe. Sie kannten alle Sehenswürdigkeiten und alle Straßen der Stadt, alle billigen Herbergen und Speisehäuser, alle Taschen, die sich armen Landsleuten öffneten, und alle Arten, auf leichte Weise ein wenig Geld zu verdienen. Sie verkauften Ansichtskarten und Reiseandenken, die sie billig erwarben, für teures Geld an vornehme Reisende. Sie traten als Fremdenführer, Stiefelputzer und Kofferträger auf, sogar als Straßensänger, und sie waren die zuverlässigste, sicherste und sprachkundigste Auskunftsstelle für alle Fremden, die sich ratlos umsahen.

Unter sich aber handelten sie mit anderen Dingen. Heimlich und ohne viel Worte fanden Arbeitsbücher und Ausweispapiere, Empfehlungsschreiben und Zeugnisse ihre Abnehmer. Vielleicht hatten Käufer und Verkäufer dunkle Schicksale hinter sich und waren in der Heimat nicht gern gesehen — aber hier in der hellen Sonne auf der runden Bank vor dem marmornen Dom waren sie gutmütig, zutraulich und hilfsbereit gegen alle, die nicht mehr sein wollten als sie selber.

Am begehrtesten aber von all solchen Dingen war der Klosterbrief — und am wertvollsten. Denn er war von einem Pfarrer ausgestellt und besagte, daß der Inhaber nach Rom zum heiligen Vater reiste; und alle Klöster und Pfarreien gewährten daraufhin willig Nachtlager und Wegzehrung. Er stand hoch im Preise, denn sein Besitz verbürgte ein sorgloses Wandern. Ach, was ist solchen Vögeln noch heilig!

Die vielen guten Ratschläge gaben auch Hannes den verlorenen Mut zurück; wir beschlossen, hier einige Zeit zu arbeiten, um unsere Kasse zu stärken und fanden mit Hilfe eines kundigen Genossen von der „Deutschen Bank" auch rasch Arbeit und eine billige Wohnung.

Jetzt sah das Leben schon anders aus als tags zuvor. Freilich gab's auf unserer Arbeitsstelle am ersten Tage allerhand Schwierigkeiten, besonders mit Hannes, der leider ein Stockwerk tiefer eingestellt wurde. Da er kein fremdes Wort verstand, mußte ich schließlich den Dolmetsch zwischen ihm und dem Werkführer machen, bis er endlich seine Arbeit zugewiesen bekam. In der Folge aber war es leichter, als ich dachte, mit den Menschen fertig zu werden, denn Hobel und Säge reden auf der ganzen Welt dieselbe Sprache und wer mit dem Hammer spricht, wird überall verstanden. Wenn einiges auch anders gemacht wurde — das Handwerk war doch dasselbe.

Fortsetzung folgt.

596

Amtlicher Teil

Die Mitglieder der Bürgerschaft sind von der Baubehörde zu einer am Freitag, dem 20. April 1923, vorm. 10 Uhr, stattfindenden **Besichtigung der Hafenverbindungsbahn** eingeladen. Treffpunkt: Ballastkuhl-Brücke nach Kochs Werft.

(624) **Der Wortführer.** Gustav Ehlers.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 29 vom 17. April 1923 enthält: (599

Aufhebung von Verordnungen über den Verkauf von Spirituosen. — Bekanntmachung, betreffend die Gebührensätze der Kehrlohnordnung. — Gesetz, betreffend die Erhebung einer Abgabe von den in den lübeckischen Häfen stilliegenden Schiffen (Hafenliegegeld.) — Zweiter Nachtrag zum Gesetz vom 31. Mai 1922, betreffend die Weitererhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbaues. — Neunter Nachtrag zum lübeckischen Gewerbegerichtsgesetz vom 25. November 1905. — Siebenter Nachtrag zum Ortsstatut für das Kaufmannsgericht zu Lübeck vom 20. Juni 1906. — Bekanntmachung, betreffend die Ordnung für die städtischen Betriebe. (599

Die Gebühren für das im Hafen entlöschte Vieh betragen künftig:

a) für Großvieh (Pferde, Rinder u. dergl.) . . . . . je 10.— Mk.
b) für Kleinvieh (Schweine, Kälber, Schafe, Ziegen und dergl.) . . . . . je 5.— „

Lübeck, den 14. April 1923. (594

Das Polizeiamt.

Wegen der Reparatur des Hochbehälters im Wasserturm werden vom 18. April—1. Mai einschließlich Sperrstunden von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens angeordnet.

In dieser Nachtzeit ist eine Wasserentnahme unmöglich gemacht. 610

Bad Schwartau. Der Stadtmagistrat.

Forstrevier Israelsdorf. Bezirk Schwinkenrade.

Holzverkauf

bei freier Konkurrenz am Freitag, dem 20. d. M., von 10 Uhr vorm. an, in der Gastwirtschaft von **Million, Kuran.**

14 rm Eichen Pfähle, 2 m lang, ca. 250 rm Laubholz Kluft und Knüppel, 135 Stck. Nadelholz Stangen II. — VI. Klasse, ca. 100 Hfn. Laubholz Busch, ca. 50 Hfn. Erbs- u. Bohnenstangen Busch, Holz Nr. 601—940 (einschließlich der Zuteilungsquantum für die Minderbemittelten der Enklavendörfer). Listen werden nicht ausgegeben. Auskunft erteilt der Revierförster in Schwinkenrade. (588

Waldhusen, im April 1923.

Der Revierförster.

Nichtamtlicher Teil

Am 14. d. M. verstarb der Maschinist des Gaswerks II

Herr J. Rohweder.

Wir verlieren an dem Verstorbenen einen langjährigen treuen Arbeiter, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.

Die Direktion, Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke.

611

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur silbernen Hochzeit danken herzlich. (621

H. Schöning und Frau.
Langer Lohberg 37, I.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer.
Geschäftsst. Lübeck.

Am 14. d. Mts. starb unser langjähriger Kollege

Martin Jäger

nach kurzem Krankenlager.

Ehre seinem Andenken! (608

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 18. d. Mts., vorm. 9½ Uhr, Burgtor-Friedhof statt.

Die Ortsverwaltg.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.

Am 14. April starb unser Kollege (616

Joh. Rohweder.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 19. April, nachm. 2½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung.

Gut empfohlenes (598

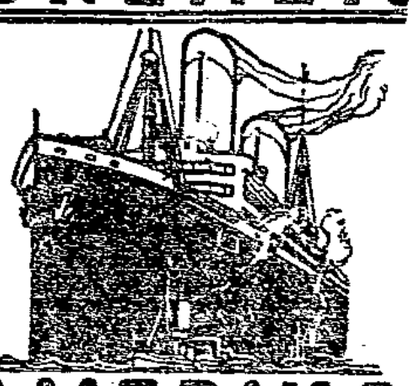
Mädchen

sucht

Frau Perseke,
Siems bei Lübeck,
Am Kirchweg.

Morgenhilfe ges. (613
Möller, Hansestr. 86c.

BREMEN



AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen

Reisegepäck-Versicherung

Nähere Auskunft durch

NORDDEUTSCHER LLOYD
BREMEN
und seine Vertretungen

in Lübeck: **C. F. Schütt & Co.,** Untertrave 12/13. (592
in Hamburg: **Norddeutscher Lloyd**
Generalvertretung:
Wilhelm Lazarus, Bergstraße 11. (Haus Commerzbank).

Danksagung. (604

Allen denen, die unserem lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere seinen Kollegen, die ihn zu Grabe trugen, sowie Herrn Pastor Gädecke für die trostreichen Worte unseren innigsten Dank.

Frau **Elisabeth Berner Ww.** und Familie.
Travemünde, Torstr. 9.

Für Siedler! Eine massive Bretterbude mit 2 Windfangtüren, preiswert zu verk. Bedergrube 44, Hof. (617

1 m. Kinder-Kleid (12 J.), 1 Paar m. Kind.-Stiefel, Gr. 33, billig zu verk. (602 Hansastr. 58, part.

Starke, fast neue Gasbadehaube billig zu verk. 601) Arnimstr. 1 b, I.

Schloßstock zu verkaufen 600) Meierstr. 27 a.

Sofa, fast neu, zu verkaufen 619) Sundstr. 50/52.

Herren-Lackstiefel, Größe 40, Arbeitsstiefel, Größe 42, braune Ledergamasch. Angelgeräte m. Zubehör, 2 gut erhaltene Sofas, Lehnberg, billig zu verkaufen (618 Bedergrube 44, Hof.

1 Fuder Dung zu verk. 607) Fackenburg Nr. 45.

M. Haus zu kaufen ges. Ang. unter **A 816** an die Exp. d. Bl. (60650 3)

Achtung: Mittwoch:
Markthallen-Stand 40
Eingang Breite Str.
Frisch Hammelfleisch
Pfund (60) und (80) Mk. (615

Anzeigen,

die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des „Lübecker Volksboten" veröffentlicht werden sollen, müssen bis 10 Uhr vormittags in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.

Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Johannisstr. 46.

Zickelfelle, Schweinshaare
kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner.
Dankwartsgrube 26, Hoffenstr. 8.

Die Preise steigen!!

Margarine mit unter Selbstkostenpreis,
solange der Vorrat reicht. (612

2550.— 2700.— 2800.— per Pfd.
(5 Pfd.) Einheitspreis **3500.—**

Vollfetter Margarine-Käse
per Stück ca. 1 Pfd. 3000.— M.

Lübecker Margarine-Zentrale.

Papier-Extra-Angebot

Schreibhefte mit dopp. Liniatur
200
Schreibhefte mit einf. Liniatur
250
Butterbrotpapier, 100 Blatt
1150
Kassette „ERKA"
25 Bogen und Umschläge
2500
Toilettepapier, Rolle ca. 200 gr
475

KARSTADT
A. G.

Ia. Briketts, Grubekoks,
Tannen- u. Buchenbrennholz
Johs. Mustin, Holz- und Kohlenhandl.,
ab Lager und frei Haus.
Warendorpstraße 14—22. Fernruf 2740.
Schwartauer Allee 43. Fernruf 8503. 628

Gold p. Gr. v. **3500-14 000**
Silber p. Gr. v. **220-400**
Platin p. Gr. v. **55-60 000**
Brillanten zum Auslandskurs
Alte **Trauringe** v. **16 000** an

Fleischhauerstr. 26

Herm. Voß & Co. Telephon 1290. (613

Das Buch
Erlösung von der Schwangerschaft
ist zu haben in der
Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Garderobenblocks
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (14007
Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Allgem. Ortskrankenkasse
für das Fürstentum Lübeck.

Eutin, 13. April 1923.

Mit Wirkung vom 1. April 1923 ab ist die **Versicherungspflicht** für Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen, Gehilfen in Apotheken usw. mit einem Jahresarbeitsverdienst bis einschließlich 4 800 000 Mk. ausgedehnt worden.

Die Arbeitgeber sind kraft Gesetzes verpflichtet, die der Versicherungspflicht neu unterstellten Beschäftigten bis zum **20. April 1923** bei der Kasse anzumelden. (609

Unterlassung oder Verspätung der Meldung ist nach der Reichsversicherungsordnung mit Strafe bedroht. **Der Vorstand.** H. Steenbock.

Beachten Sie bitte folgende Preise!!

Trockene Schweinshaare . pro Pfund 1000 M.
Kleine Ziegenlämmer, lebend u. geschlachtet, per Stück 2000 M.
Hausstandslumpen per Pfd. 100, 150, 400 Mk.
Kupfer per Kilo . . . . 4000 bis 5000 M.
Messing per Kilo . . . 2000 bis 2700 M.
Zink und Blei per Kilo . 1000 bis 1300 Mk.
Alteisen, Knochen, Knüll- und Schwer-Papier sowie sämtliche Felle u. Tierhaare
enorm erhöhte Preise. (614
Krollhaare per Pfd. . . . . 700 und 050 M.

R. Lissauers Produktenbörse,
Lübeck. 5 Hartengrube 5

Generalversammlung
der
Gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaft „Lübeck", eingetr. Genossenschaft m. b. H.

am Mittwoch, dem 18. April 1923, abends 7½ Uhr, **im Gewerkschaftshaus.** (589

Tagesordnung:

1. a) Geschäftsbericht, b) Genehmigung der Bilanz, c) Entlastung des Vorstandes.
2. Verteilung der Erübrigung.
3. Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat.
4. Beschlußfassung über Umwandlung der Genossenschaft in eine Gesellschaft.
5. Statutenänderung § 48. **Der Aufsichtsrat.**

Kolosseum
Morgen Mittwoch
Gross. Ball
Kassenöffnung 6½ Uhr. (590
Joh. und R. Mittag.

Luisenlust. Jeden Mittwoch u. Freitag **Tanzkränzchen.** 591

Sozialdemokr. Frauen (622

Donnerstag, d. 19. April abends 8 Uhr

Versammlung

im Gewerkschaftshaus.

Vortrag des Gen. **Dr. Pleth.**

Vorstandswahl.

Erscheinen Pflicht.

Der Vorstand.

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Weberus-Stimmungs-Konzerte. (604

Hansa-Theater.
Heute
Dienstag und folgende Tage 7½ Uhr
der durchschlagende Erfolg
Das Detektivmädel.
Operette in 3 Akten v. Leon Jessel. (593
Hauptdarsteller: Niemz, Studs, Sorea, Wolf Raven, Ziegler, Helmar.

Stadttheater Lübeck

Dienstag, 7½: Ab. C: **Der Obersteiger.**
Mittwoch, 7.30: Ab. C. **Professor Bernhardi.**
Donnerstag 7: Ab. B. Einmaliges Gastspiel von **Friederike Petermann** vom Landes-Theater Schwerin in **Herodes und Mariamne.**
Freitag 7½: Ab. D. **Der Mikado.**

Dienstag 6 Uhr im Chorsaal Lehrergesangverein, 8 Uhr: im Gelben Saal Damenchor 2. — 606

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Dienstag, 17. April 1923. Nummer 89.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 17. April.

Wir feiern den Mai!

Allen Gegnern zum Trotz. Unserm eigenen Wollen zur Ehre. Der Erste des Maien ist gesetzlicher Feiertag in unserm Lande. Unser Streben drei Jahrzehnte lang ward zur Tat. Wenig, aber etwas. Das noch Opfer vom einzelnen fordert. Doch, gibt es etwas, das mühelos errungen wird? Und ist das Ziel, dem wir zustreben, nicht der Opfer wert? Ja, ist nicht ein Stützpunkt notwendig, um dem politischen Kesseltreiben der nationalistischen Schmorrer- und Verschwörerbande ein Halt zuzurufen, dem philiströsen, arbeiterhassenden Bürgertum die Hoffnung auf die Wiederkehr „gottbegnadeter" Zeiten aus dem feigen Herzen zu reißen?

Der Jammer packt einen beim Toben dieser Gesellschaft, die längst verdunsteten Phantomen nachjagt. Die nichts lernt aus der Geschichte, kein Entwicklungsgesetz kennt. Nur kaltrechnend auf die Profitjagd geht. Zuweilen offen und verstohlen einige Batzen in die Treuhandkonten zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Republik wirft. Jeden Tag liest Ihr an Schaufenstern und Anschlagsäulen Zusammenkünfte über Regimentsfeiern, mit Kaiserkronen verzierte Plakate rufen zu Appellen auf, Propheten dunklen Herkommens verkünden marktschreierisch Deutschlands Erlösung, Professoren beschwören den Kriegsmythos der Germanen. Militaristen, Gaukler, Orthodoxe und alles mögliche vereinigen sich zur Verdummung des Volkes und wühlen, um den Uhrzeiger zurückzudrehen.

Und da soll das schaffende Volk stillschweigend zuschauen, wie eine Attacke um die andere gegen seine Rechte geritten wird? Nein!! Voll und kräftig erschallt's aus den breiten Männerbrüsten, trotzig stemmt sich der Fuß gegen den Ansturm bezahlter Kapitalistenknechte.

Die Hände aus den Taschen und die Faust geballt! Das Recht verteidigt und Schwellen auf den Zukunftsweg gelegt! Achtstundentagstöter und Kriegshetzer an den Pranger, zurückgewiesen in ihre finsteren Löcher.

Republikaner und Sozialisten heraus! Tretet ein für Volks- und Arbeitsrechte, für friedliche Völkerverständigung, auch wenn fremde Gewalt die höchste Menschheitsidee mit Füßen tritt. Auch Gegengewalt bringt den Völkern keine Erlösung. Erlösen kann sich das Proletariat nur selbst von körperlicher und geistiger Knechtschaft.

Frisch hinein in den Kampf um edler Menschheitsziele! Bereitet Euch vor, den Ersten Mai festlich zu begehen.

Technische Hochschulwoche.

Vortrag von Professor Blum.

Im Schlußvortrag behandelte Professor Blum das Zusammenarbeiten der verschiedenen Verkehrsmittel. Hierbei ist von Bedeutung der Wettbewerb, den sich unter Umständen zwei oder drei Verkehrsmittel (Eisenbahn, Kanal, Landstraße) gegenseitig machen können, und der Anstoßverkehr, der notwendig wird, wenn mehrere Verkehrsmittel hintereinander benutzt werden müssen, um einen Transportvorgang zu bewältigen (z. B. Getreide aus Kanada nach Stuttgart: Eisenbahn—Seeschiff—Rheinschiff—Eisenbahn).

In diesem Anstoßverkehr ist im allgemeinen ein sehr gutes Zusammenarbeiten der verschiedenen Verkehrsmittel, die auch meist verschiedenen Gesellschaften (Staaten) gehören, erreicht; denn sie sind gegenseitig aufeinander angewiesen, können sich aber ihrer Natur nach keinen Wettbewerb machen. Vor allem werden allgemein im Uebersee-Verkehr die Binnenwasserstraßen und Eisenbahnen als das angesehen, was sie ihrer Natur nach sind, nämlich als „Verlängerungen des Meeres in das Landesinnere" hinein. Allenthalben bemüht sich daher die private und staatliche Verkehrspolitik der Binnenschiffahrt und der Eisenbahnen, die Seehäfen durch sorgfältige Ausgestaltung der Verkehrsnetze, durch gute Bahnhöfe, gute Fahrpläne, niedrige Tarife zu unterstützen.

Anders liegen die Verhältnisse, wo ein gegenseitiger Wettbewerb möglich ist. So haben z. B. vielerorts die Eisenbahnen gegen die Kleinbahnen und den Kraftwagen oder auch gegen fremde Eisenbahnen einen mehr oder weniger heimlichen Kampf geführt, nicht zum Vorteil des Volkes. Am wichtigsten ist in dieser Beziehung das Verhältnis der Eisenbahnen zu den Binnenwasserstraßen. Die Binnenschiffahrt ist trotz ihres viel höheren Alters vielfach dem Wettbewerb der Eisenbahn erlegen; aber es handelte sich dabei um Wasserstraßen, die nach heutigen Begriffen primitiv sind und daher unwirtschaftlich arbeiten. Für unser Vaterland kommen überhaupt nur „neuzeitliche Großschiffahrtswege" in Betracht mit großen Abmessungen, wenig Schleusen und höchstwertiger technischer Ausstattung. Ferner kann es sich bei den Kanälen nur um verhältnismäßig kurze Verbindungsstücke zwischen den großen Stromsystemen handeln. Aber auch auf dieser Grundlage ist ein einheitliches Wasserstraßennetz in der norddeutschen Tiefebene möglich (mit Ausstrahlungen zum Bodensee und zur Donau), denn es handelt sich dabei um eine einheitliche Ebene, die für den N.-S.-Verkehr durch die heutigen Flüsse, für den W.-O.-Verkehr durch die Diluvialströme erschlossen wird und die entsprechend große Gütermengen durch die Seehäfen und die Bodenschätze aufweist. Man darf aber nicht einseitig nur den Wasser-Verkehr pflegen, sondern muß Wasser-Wirtschaft treiben: Beeinflussung des Grundwasserstandes, Zurückhalten des Hochwassers, Aufhöhen der Niedrigwasser, Kraftgewinnung; Vorteile für den Verkehr sind neben diesen häufig wichtigeren Aufgaben nebenher zu erreichen. Bei dem wirtschaftlichen Vergleich von Eisenbahnen und Binnenwasserstraßen dürfen letztere also nur mit den Kosten belastet werden, die wirklich auf die Verkehrsverbesserung verwandt werden.

Auf dieser Grundlage ist alsdann der Kostenvergleich zwischen den beiden Verkehrsmitteln durchzuführen und zwar nicht etwa nach der allerdings sehr bequemen Methode mittels irgendwelcher Statistik, sondern nach dem streng wissenschaftlichen technisch-wirtschaftlichen Verfahren; denn mit Statistik kann man alles, also nichts, beweisen. Hier handelt es sich aber um so große Summen und um so bedeutende Maßnahmen der gesamten Wirtschaftspolitik, daß das deutsche Volk eine ganz zuverlässige Belehrung verlangen muß, um hiernach seine Entschlüsse fassen zu können. Auch hier darf man Technik und Wirtschaft nicht auseinanderreißen, denn sie sind eine untrennbare Einheit; Bau, Unterhaltung, Erneuerung, Betrieb, Verkehrsdienst und Tarifwesen von Verkehrsanstalten sind Glieder eines einheitlichen Körpers. Wo man diese Einheit zerrissen hat, wie z. B. früher bei den meisten Staatsbahnen in Deutschland, hat sich das z. B. in dem Tarifwesen aufs bitterste gerächt. In diesen Fragen muß unbedingt der kühl rechnende Ingenieur, der nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die bau-, betriebs- und verkehrstechnischen Fragen beherrscht, die zur Entschlußfassung durch die Parlamente erforderlichen Grundlagen schaffen.

„Kohlenstelle und Unterricht".

Mit äußerstem Befremden, ja Entrüstung hat die Lehrerschaft es aufgenommen, daß trotz größter Mühen seitens der Behörde und der Schulleiter es nicht gelungen ist, für einen wirklichen Schulbeginn das unbedingt erforderliche Quantum Kohlen für eine notdürftige Beheizung der Schulen zu erlangen. Bei einer Außentemperatur von 4—5 Grad C. und Temperatur der Schulräume von durchweg 10 Grad C. und darunter ist es eine unverantwortliche Forderung an Kinder und Lehrer, stundenlang still zu sitzen.

Hätte man zu Weihnachten nur acht Tage länger ausgesetzt, so wären beispielsweise am Johanneum (und wohl ebenso anderswo) soviel Kohlen erspart worden, daß jetzt bei der höheren Lufttemperatur ca. drei bis vier Wochen geheizt werden könnte. Bei den langen Vierteljahren vor und nach Weihnachten wäre der Ausfall von 8 Tagen erträglich gewesen, jetzt, im kurzen Sommervierteljahr ist jeder Tag kostbar, ganz abgesehen von den schon früher geschilderten Wirkungen.

Leider haben wir keine Elternräte, die im Verein mit der Lehrerschaft auf Abstellung derartiger Verhältnisse, event. bei der Reichskohlenstelle, dringen können. Es bleibt nur die Bürgerschaft, die dafür sorgen muß, daß das körperliche, geistige und seelische Wohl unserer Jugend nicht gefährdet wird. So wie es jetzt ist: jeden Tag Zusammenkommen, um zu versuchen, frierend ein paar Stunden hinzubringen, das sind ganz unhaltbare Zustände! Dr. B.

*

Die hiesige Presse bringt Notizen, wonach gestern die Schüler nur 1—2 Stunden beschäftigt worden sein sollen, resp. wonach die Oberschulbehörde Anweisungen gegeben habe, die Schulzimmer zu heizen. Nach unseren Erkundigungen trifft beides nicht zu. Die Finanzbehörde lehnt es entschieden ab, weitere Mittel für die Heizung zur Verfügung zu stellen. Die Vorräte für den Winter seien verbraucht, eine weitere Durchheizung der Schulräume würde in 14 Tagen etwa 15 Millionen Mark verschlingen. Der neue Vorrat dürfe nicht angebrochen werden. Die Schulleiter seien angewiesen, so gut als möglich durchzuhalten, mit den Schülern Spaziergänge zu machen usw.

Die Finanzbehörde wendet ein einfaches Mittel an. Es wäre noch einfacher, wenn bei den Befehlshabern einfach nach dem gleichen Rezept verfahren würde. Sitzen sie erst in den kalten Stuben, dann kommt ihnen vielleicht auch die Vernunft.

Heute abend 7½ Uhr

Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Gewerkschaftshaus. Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Vor der Disziplinarkammer begann wie der Gen.-Anz. berichtete, am Montag der Prozeß gegen den Direktor des Katharineums Prof. Dr. Rosenthal. Dieser hatte seiner Zeit selbst die Einleitung des Verfahrens gegen sich beantragt. Der Anklage liegen 23 Punkte zugrunde. Prof. Dr. Rosenthal wird Unlauterkeit und Unwahrhaftigkeit im Amte vorgeworfen. Als Beweismittel sollen Berichte dienen, die R. im Verfahren gegen Prof. Dr. Sander an die Oberschulbehörde erstattet hat. Etwa 30 Zeugen sind geladen. Den Vorsitz in der Disziplinarkammer führt Oberamtsrichter Dr. Eschenburg, während Erster Staatsanwalt Dr. Linau die Anklagebehörde vertritt und Rechtsanwalt Ewers als Verteidiger wirkt. Für die Oberschulbehörde wohnen der Verhandlung bei Senator Dr. Vermehren und die Direktoren Prof. Dr. Stodte und Dr. Schwarz.

Zur Lohnbewegung in der Seeschiffahrt. Am 14. April fand vor dem Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz eines Vertreters vom Reichsarbeitsministerium eine Verhandlung über die März-Heuer in der Seeschiffahrt statt, die folgendes Ergebnis zeitigte: Die Anträge der Seeleute auf Erhöhung der Heuer um 30 Prozent wurden abgelehnt: ebenso die Anträge der Reeder auf eine Herabsetzung um 10 Prozent. In der Überstundenfrage ist folgendes Resultat erzielt worden: Die Offiziere erhalten 1500 Mk. pro Überstunde; Vollgrade 1250 Mk., Junggrade 600 Mk., Schiffsjungen 550 Mk. Das Verpflegungsgeld für ambulante Behandlung beträgt 6000 Mk. pro Tag. Verschiedene Positionen stellte der Schlichtungsausschuß zurück und gab den Parteien auf, darüber nochmals in Verhandlungen einzutreten. Die Erklärungsfrist für Annahme dieser Entscheidung läuft im übrigen am 19. April ab.

Gesundheitszustand der Bevölkerung im März. An akuten ansteckenden Krankheiten sind in Lübeck im März 119 Fälle von Masern, 8 Fälle von Scharlach, 9 Fälle von Diphtherie gemeldet worden, von denen nur 1 Todesfall bei Masern zu verzeichnen ist. Außerdem verlief 1 Wochenbettfieberfall tödlich. An Grippe waren wiederum 3 Todesfälle zu verzeichnen, zweimal bei älteren Personen von 70 und 80 Jahren, einmal bei einem im besten Lebensalter stehenden Manne infolge Grippe mit Hirnhautentzündung. Die Tuberkulose forderte leider wiederum eine beträchtliche Anzahl von Opfern, da 20 Personen an Lungenschwindsucht verstarben, außerdem noch 4 Todesfälle durch anderweitige tuberkulöse Erkrankungen, Miliartuberkulose oder tuberkulöse Hirnhautentzündung veranlaßt wurden.

Eine „Musikalische Feier", veranstaltet von Herrn Otto Schad, vereinte am Sonntag einen größeren Kreis von andächtigen Hörern in der Aegidienkirche. Außer dem Veranstalter stellten sich in den Dienst der guten Sache — Beschaffung von Mitteln für die Ruhrkinder — Frl. Klara Schmidt (Alt) und Herr Organist Eberding, der neben seiner Tätigkeit als Solist auch als feinsinniger Begleiter wirkte. Frl. Schmidt erzielte mit ihrem Vortrage, namentlich des bekannten Krebsschen „Vater unser", tiefen Eindruck. Das Hauptinteresse richtete sich auf den Veranstalter, der sich, teils in Einzelvorträgen, teils in schönem Zusammenspiel im Quartett, als tüchtiger Geiger vorstellte. Ihm gab namentlich das Schlußstück Gelegenheit, neben feinem musikalischen Empfinden hervorragende technische Fertigkeiten zu beweisen, denen an anderem Orte starker Beifall sicher gewesen wäre. or.

*

K. **Schlutup.** Der sozialdemokratische Verein hielt am letzten Donnerstag seine Mitgliederversammlung ab. Das Ableben des Genossen Franz Kaven wurde in üblicher Weise geehrt. Genosse Henze hielt einen Vortrag über die demnächst in Kraft tretende Wohnungsbauabgabe. Diese sei unbedingt nötig, um dadurch die Wohnungsnot etwas zu lindern. In der Diskussion gestellte Fragen wurden vom Referenten erläutert. — Zum Hilfskassierer wurde Gen. Hans Raths gewählt. Zur Maifeier beschloß man, sich Lübeck anzuschließen. Die Vorarbeiten wurden dem gewählten Komitee überlassen. Der hier bestehenden Wohnungskommission wurden Vorwürfe gemacht, weil einseitige Härten vorgekommen sind. Der Vorsitzende erklärte, die Schuld läge allein am Wohnungsamt. Für den Fahnenfonds wurden dem Vorsitzenden 2015 Mk. überwiesen, die beim Genossen Lindenberg gesammelt worden sind. Die Sammlung für die hiesige Schwester erbrachte 115 816 Mark. Die Summe wurde der Schwesternstation überwiesen. Den jüngeren Genossen sei ans Herz gelegt, für die Partei positiv mitzuarbeiten.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Mittwoch Schnitzlers Komödie „Professor Bernhardi". Donnerstag einmaliges Gastspiel von Friederike Petermann vom Landes-Theater Schwerin (nicht auf Engagement) in Hebbels „Herodes und Mariamne".

Hansa-Theater. Heute und folgende Tage „Das Detektivmädel".

Angrenzende Gebiete.

Grevesmühlen. Großfeuer brach am Donnerstag auf dem Gute Damshagen bei Grevesmühlen aus, das in kurzer Zeit bei dem heftigen Winde den Schafstall, die Meiereiwohnung mit Kornboden, den Schweinestall und eine Scheune einäscherte. 12 Schweine, eine Menge Vorräte, Maschinen und Geräte sind mitverbrannt.

Ludwigslust. Ein Großfeuer, das schätzungsweise 300 Millionen Mark Schaden angerichtet hat, vernichtete Freitag morgen den Dachstuhl des den Brückneschen Erben gehörenden Hauses. In dem Gebäude wohnten fünf Familien, deren ganzes Besitztum stark gefährdet war. Groß ist die Sorge seitens der Stadtverwaltung, die obdachlos gewordenen Familien mit anderen Wohnungen zu versorgen. Die Ursache des Brandes ist unbekannt. Bei den Löscharbeiten stürzten zwei Feuerwehrleute, die im zweiten Stock damit beschäftigt waren, die noch glühenden Balken herunterzureißen, mit der nachgebenden Decke in die Tiefe, sie kamen jedoch glücklicherweise mit geringen Verletzungen davon.

Lauenburg. Projekt einer Turbinenanlage. Der Kreistag stimmte grundsätzlich der Durchführung des Schaalseeprojektes zu und ermächtigte den Kreisausschuß, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Das Schaalseeprojekt beruht auf der Tatsache, daß der Wasserspiegel des Sees 30 Meter höher liegt als derjenige des Ratzeburger Sees. Die Abflußmengen des Schaalsees reichen bei turbinenmäßiger Ausnutzung des hohen Gefälles aus, eine Energiemenge zu erzeugen, die den gegenwärtigen Gesamtbedarf des Kreises Lauenburg nicht unwesentlich übersteigt.

Lübecker Bürgerschaft.

Etwa 1½ Stunden nur dauerte die gestrige Sitzung. Trotzdem wurden Gesetze von ganz wichtiger Bedeutung verabschiedet. Nachdem es endlich gelungen ist, auch für ungelernte Arbeiter und Mädchen die Pflichtfortbildungsschule zu schaffen — in Baden war dies vor 40 Jahren schon eine Selbstverständlichkeit — handelt es sich auch darum, die Arbeitgeber zu den Unkosten heranzuziehen. Das ist ebenfalls selbstverständlich, denn gerade an den jungen Leuten haben die sie Beschäftigenden unzweifelhaften Vorteil. Härten, von denen bei Stellenwechsel gesprochen wird, können u. E. vermieden werden, wenn man die jungen Leute so behandelt und bezahlt, daß sie selbst gerne in Arbeit und Brot bleiben. Es gibt eben leider manche Grauen, die glauben, einem jungen Aschenputtel alles bieten zu können und die alle paar Wochen neue Arbeitsware brauchen. Vielleicht nehmen sie etwas mehr Rücksicht, wenn sie ein bißchen Schulgeld für das Mädchen bezahlen müssen. Im übrigen ist diese Frage noch nicht ganz gelöst und harrt besonderer Prüfung. Einseitig diktatorische Gelüste der Kommunisten bei Festsetzung des Schulgeldes zerlegte Genosse Haut auf ihren Reingehalt. Zugleich erinnerte unser Sprecher die Rechte an ihre früheren Missetaten in dieser Beziehung.

Der Kommunistische Antrag betr. Einstellung des Steuerabzuges sollte rein agitatorischen Zwecken dienen. Er stand auf derselben Erkenntnisstufe wie die zweizeilige Rede von Roß zu dem vorhergehenden Antrag: „Vergleiche Marx"! rief der Mann unserem Genossen Haut zu. Und die kommunistische Fraktion stand entzückt vor ihrem Führer; eigentlich hätte sie geknickt sein müssen. Doch war so viel Courage [illegible] die größte Sprengbombe.

Die Anträge betr. Tuberkulosefürsorge und Eingliederung der Schulpflegerinnen in die Wohlfahrtspflege benutzten die Herren Schulmerich und Ambrosius zu Beanstandungen an den vorgesehenen Maßnahmen, die von den Genossen Reisberger und Passarge, wie auch vom Senatstisch verteidigt wurden. Herrn Schulmerichs Klagelied von der grassierenden Not mögen sich die Wilhelmianer selbst hinter die Ohren schreiben. Die Folgen des Stahlbades wirken sich jetzt in aller Schwere aus. In 9000 Familien, also beinahe einem Drittel aller Haushaltungen betätigt sich jetzt die öffentliche Wohlfahrtspflege. Das ist Euer Werk in der Hauptsache mit, ihr Herren, und das Eurer Vorgänger im Rathause, der Vaterlandspartei und dem Bund zur raschen Niederwerfung Englands, den blinden Anbetern des Militarismus und seines Oelgötzen Wilhelm. Das sollte man allmählich auch durch die größte Hornbrille spitz kriegen. Heute jammert Ihr über das Elend und nebenbei duldet Ihr widerspruchslos die Quertreibereien der neuen Gewaltmenschen. Sind's der Opfer noch nicht genug? Wenn ja, dann ernsthafte republikanische Politik getrieben und die Wunden, die wir heute nur notdürftig verbinden können, werden mit der Zeit endgültig heilen.

*

b. Lübeck, 16. April.

Wortführer: G. Ehlers. — Beginn 6.20 Uhr.

Der Erwerbslosenrat hat an die Bürgerschaft eine Eingabe gerichtet betr. Verbilligung des Gasverbrauches an die Erwerbslosen und Lieferung von Brennstoffen an solche, die kein Gas zur Benutzung haben. Das Schriftstück wird dem Eingabenausschuß überwiesen.

Erlaß eines Gesetzes betr. die Erhebung von Beiträgen für die Gewerbeschule und die allgemeine Pflichtfortbildungsschule. — Schulmerich (Arbg.) fragt, ob Eltern, die ihre Töchter, die zum Besuch der Pflichtfortbildungsschule verpflichtet sind, in der Hauswirtschaft beschäftigen, den Beitrag ebenfalls leisten müssen. Die halbjährliche Vorauszahlung sei ungerecht für diejenigen, die eventl. das Mädchen im Laufe dieser Zeit wechseln oder eine andere Hilfe einstellen. — Heilborn (Komm.) ist mit dem Gesetz einverstanden, beantragt aber, die Worte zu streichen, daß der Beitrag nach Anhörung der beteiligten Berufskammern festgesetzt wird. — Senator Dr. Vermehren erklärt die Einwendungen des Herrn Schulmerichs seien zum Teil berechtigt; aber, wer sich einen Pflichtfortbildungsschüler nehme, müsse eben gewärtig sein, daß er für ein halbes Jahr das Schulgeld zu bezahlen habe. Der Beitrag müsse sobald wie möglich von allen Beteiligten erhoben werden. Die Berufskammern müßten zunächst gehört werden, um eine Gleichmäßigkeit der Erhebung analog der Handelslehranstalt durchzuführen. — Schulmerich (Arbg.) fordert genauere Bestimmungen, damit kein Zweifel bestehe, ob ein Gewerbetreibender auch für seinen eigenen Sohn das Schulgeld zu entrichten habe. — Haut (Soz.) bedauert die Schwerfälligkeit des Senates bei der Anrege Schulmerichs. Eine Härte sei tatsächlich vorhanden, wenn Schulgeld bezahlt werden soll, obschon das Mädchen bereits in anderen Diensten stehe. Der Ausschuß könnte zugleich den Heilbornschen Antrag mitberaten. Wir sind allerdings der Ansicht, daß die wirtschaftlichen Interessenvertretungen gehört werden müssen. Das früher uns gegenüber geübte Prinzip wollen wir nicht einführen. — Senator Dr. Vermehren: Es ist gewiß eine Härte, wenn der Lehrherrenbeitrag ein halbes Jahr vorausbezahlt werden muß; eine andere Regelung würde aber ungeheure Verwaltungskosten verursachen. — Roß (Komm.) polemisiert gegen Haut. So oft würden die Lehrstellen nicht wechseln. Daß Haut den kommunistischen Antrag ablehne, sei nicht zu verstehen. Die Berufskammern würden stets bemüht sein, das Schulgeld niedriger zu setzen. — Haut (Soz.) betont dem Vorredner gegenüber, daß er durch seine Forderung an den Senat ja gerade die Ausschußberatung vermeiden wolle. Roß' Angriff gegen das Anhören der Interessentenvertretungen widerspreche dessen eigenen Forderungen auf anderen Gebieten, z. B. bei den Erwerbslosenräten. Nach kommunistischen Rezepten könne man nicht handeln. Beschließende Stimme auf die Schulgeldhöhe sollen die Interessenvertretungen nicht haben. Ein Recht, das jedem Deutschen zusteht, ist Roß allerdings zu viel. — Die Senatsvorlage wird mit einem Abänderungsantrag Schulmerichs angenommen, wonach das Gesetz am 1. April 1923 in Kraft tritt, für die Allgemeine Pflichtfortbildungsschule für Mädchen jedoch erst auf besonderen Beschluß von Senat und Bürgerschaft, dem eine Revision des Gesetzes vorauszugehen hat.

Der in der vorigen Sitzung gestellte kommunistische Antrag, den Senat zu beauftragen, beim Reich dahin zu wirken, daß die Steuerabzüge von Lohn und Gehalt mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden, wird abgelehnt.

Staatszuschuß an die Krankenkasse für lübeckische Beamte und die Polizeikrankenkasse. — Wird genehmigt.

Fertigstellung der Hafenverbindungsbahn. — Nickel (Komm.) kritisiert, daß ein bisher öffentlicher Weg von Vorwerk bis zur Siedlung unbefugterweise von privater Seite abgesperrt worden sei. Ein Ersuchen, diesen Weg wieder freizugeben, wird von Riechert (Soz.) unterstützt. Das Ersuchen wird direkt dem Senat zugeleitet. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Mittel für die Tuberkulosefürsorge. — Reisberger (Soz.) kommt auf die früher beabsichtigte Verlegung der Burgtorbaracken auf den nebenanliegenden alten Friedhof zu sprechen und auf die angeblichen Versuche, die Kinder in Wesloe unterzubringen. Auch die Unterbringung im Allg. Krankenhaus sei nicht angängig. Der Redner erwarte, daß die Landesversicherungsanstalt aus der Bewilligung der Summe nicht etwa schließen dürfe, ihren Zuschuß einzuschränken, sondern sie müsse mehr geben. 150 000 Mk. seien viel zu wenig. Sie habe selbst großes Interesse, daß in dieser Beziehung mehr geschehe. Notwendig sei, den St.-Gertrud-Kirchhof in Reserve zu behalten, um zu gegebener Zeit dort eine gute Erholungsstätte zu schaffen. — Ambrosius (Dem.) wünscht weniger Zersplitterung in dieser Fürsorgetätigkeit. Allen möglichen Stellen würden für diese Zwecke Mittel bewilligt. Eine enge Zusammenarbeit aller bei der Tuberkulosefürsorge Tätigen sei notwendig. Der Antrag müsse einem Ausschuß zur Prüfung überwiesen werden. — Senator Bromme erkärt, die heutige Teilung sei notwendig, doch müsse man natürlich dafür sorgen, daß Mittel deshalb nicht verschwendet werden. — Haut (Soz.) tritt für Annahme des Antrages ein. Der Ausschuß für Wohlfahrtspflege könne ja eine nähere Prüfung trotzdem vornehmen. — Passarge (Soz.) erklärt, der Ausschuß für Wohlfahrtspflege habe eine Anrege im Sinne des Herrn Ambrosius bereits gegeben. Man sollte die Arbeit der Ausschüsse auch abwarten. — Die Senatsvorlage wird angenommen. Ebenso der Antrag Ambrosius betr. Vereinheitlichung der Tuberkulosefürsorge.

Eingliederung der Schulpflegerinnen in die übrige Wohlfahrtspflege und Organisationsänderung in der schulärztlichen Tätigkeit. — Schulmerich (Arbg.) findet es bedenklich, wenn der Oberschulbehörde die Schulpflegerinnen entzogen werden. Man könnte höchstens erwägen, ob ihnen nicht neue Aufgaben zugewiesen werden könnten. Bis heute hätten die Schulpflegerinnen Gutes geleistet. Vor der großen Zentralisation und deren Ausgaben müsse man Grauen empfinden. 9000 Familien sollen sich demnach in der Fürsorge des Wohlfahrtsamtes befinden. Die Fürsorge müsse danach trachten, selbst überflüssig zu werden. Also dürfe man den Eltern nicht alles abnehmen. Auch den Lehrern und Lehrerinnen dürfe nicht mehr zugemutet werden, was außerhalb des Schulbetriebes liege, um die Lehrergebnisse nicht noch weiter herabzudrücken. — Senator Hoff: Die Not zwingt uns zu der Maßnahme. Das Wohlfahrtsamt hat sich diese neue Aufgabe nicht gesucht. Durch das Reichsgesetz sind wir gezwungen, die Fürsorge auf diese Weise auszudehnen und eine Vergeudung von Kräften zu unterbinden. Die Kosten werden natürlich dem lübschen Staate fühlbar werden, aber einen großen Teil trägt doch das Reich, das diese Wohlfahrtsmaßnahmen vorschreibt. — Ziesenitz (Arbg.) fordert Ausschußberatung. Die Zentralisierung könnte doch ein zu großes Maß bekommen. In der Behandlung von Sozial- und Kleinrentnern werde ein zu großer Unterschied gemacht. — Rat Dr. Link betonte, der Reichstag habe den Kreis der Kleinrentnerfürsorge so erweitert, daß das Wohlfahrtsamt jetzt dringend diese Neuregelung durchgeführt haben müsse. Die Befürchtungen des Herrn Schulmerich in bezug auf die Schulpflegerinnen würden nach den Erfahrungen anderer Städte nicht eintreten. — Frau Greve (Komm.) polemisiert gegen Schulmerich. Es sei nicht so schlimm, wenn ein Kind einmal durch die Schulweisung eine Viertelstunde abgehalten werde. — Reisberger (Soz.) hält diese Vorlage für den einzig richtigen Weg, der Ausschuß für Wohlfahrt und Gesundheitspflege, sowie derjenige für Vereinfachung der Verwaltung habe sich dafür ausgesprochen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Verstaatlichung der öffentlichen Lesehalle. — Zu diesem Antrag gibt die sozialdemokratische Fraktion folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerschaft erblickt in der neuen Fassung der Ziffer 3, die Bezug nimmt auf die Ausführungen des Vereins Oeffentliche Lesehalle, eine nur teilweise Maßnahme zur Beseitigung der bestehenden Ungemäßheiten. Sie vermißt eine klare Bestimmung über die Neueinstellung der anstatt der ausscheidenden bisherigen Leiterin vom Staate zu bestellenden Bibliothekarin und ihr dienstliches Verhältnis zum Stadtbibliotheksdirektor. Sie macht in ersterer Hinsicht darauf aufmerksam, daß damit zugleich auch eine der Hilfskräfte überflüssig und dadurch eine Ersparnis ermöglicht wird; sie verweist in letzterer Hinsicht auf den sinngemäß anzuwendenden mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Bürgerschaftsbeschluß vom 26. März d. J. Der sozialdemokratischen Fraktion liegt ferner angesichts des Beschlusses des Vereinsvorstandes der Oeffentlichen Lesehalle an einer möglichst schnellen und reibungslosen Abwickelung der Uebergangsgeschäfte, für deren Erledigung angesichts der Sachlage und des geringen Umfanges dieser Bücherei der Monat April ausreichen muß. Die soz. Fraktion ist bereit, der neuen Fassung der Ziffer 3 des Senatsantrages zuzustimmen, wenn dieselbe entsprechend der obigen Begründung wie folgt abgeändert beziehungsweise ergänzt wird. Sie beantragt:

1. In der vorliegenden Fassung der Ziffer 3 sind die Daten 30. Juni in 30. April, bezw. 1. Juli in 1. Mai abzuändern;
2. Dem so abgeänderten Absatz (3b) ist ein Absatz (3a) folgenden Wortlauts voranzustellen: Daß zur Leitung dieser Abteilung des staatlichen öffentlichen Büchereiwesens eine dem Stadtbibliotheksdirektor nachgeordnete und verantwortliche Diplom-Volksbibliothekarin zu den für die jetzige Leiterin der Bücherhalle gemäß Ziffer 2 dieses Antrages vorgesehenen tariflichen Bedingungen, soweit diese sich nicht auf die Dienstaltersstufe beziehen, beschleunigt, und zwar tunlichst zum 1. Mai d. J. bei der Stadtbibliotheksverwaltung neu eingestellt wird. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

Schluß 7¾ Uhr.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Der Obersteiger, Operette von Zeller. Die einschmeichelnde, hübsch gearbeitete Musik des ehemaligen k. k. Hofrates Carl Zeller erfreut sich noch immer der Gunst eines anspruchslosen Publikums, aber das Textbuch ist rettungslos unmodern geworden, und die Länge der beiden ersten Akte steht in keinem Verhältnis zu dem dürftigen Inhalt der Handlung und zu dem auffallend knappen Schlußakt — Herr Regisseur, Euer Rotstift! . . . Die Herren Kapellmeister Weidlich und Hermann hatten sich des Werkes mit erfolgreicher Sorgfalt angenommen, dieser sicherte sich auch in der launig und fesch gespielten Titelpartie verdienten Beifall. Fräulein Buchholtz mimte und sang das naive Mägdelein mit allerliebstem Getue — sie ist zu niedlich, nich? Fräulein Bruhn ein besonderes Lob für die feine und graziöse Art, mit der sie die Darstellung und die musikalische Leistung belebte. Herr Teubner hat stets sogleich die Lacher auf seiner spaßhaften Seite. H.

Neue Bücher.

Adolf Braun: Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften. Zweite umgearbeitete und ergänzte Auflage 1923. J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. Berlin. Grundzahl 0,50. Als Dr. Braun vor dem Ausbruch des Weltkrieges eine Schrift: „Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften" verfaßte, hatten sich den gewerkschaftlichen Organisationen 230 347 Frauen angeschlossen. 1921 musterten die Gewerkschaften 1 518 341 Frauen. Diese Ziffer wirkt ermutigend und zugleich anspornend auf alle Genossen und Genossinnen, die sich der Agitation unter den Arbeiterinnen widmen. Sie werden auch die Neuherausgabe der Braunschen Schrift hochwillkommen heißen, da sie sich vorzüglich für die Propaganda des Gewerkschaftsgedankens in der weiblichen Arbeiterschaft eignet. Die Braunsche Schrift gibt nicht nur dem Gewerkschafts-, sondern auch dem Kulturpolitiker, der planmäßig an einer sittlichen und geistigen Hebung der Menschheit arbeitet, reiche Anregungen.

Restaur. * Cafés * Vergnüg.

Täglich Anfang 7.30 Uhr. Sonn- u. Feiertags 3.30 Uhr.

Fledermaus
Vorstellung und Tanz, 1. Stock: Sehensw. Bar. Stimmung * Humor.

„TROCADERO"
Fernsprecher 787 Schüsselbuden 4
Täglich: Stimmungs-Konzerte.

Julius Stammer
Konditorei — Kaffee
Lindenstraße 1b.

Lindenhof Näheres im Inseratenteil

Schweizerhaus, Israelsdorfer Allee
Fernsprecher 2394
Restaurant, Konditorei und Café
Angenehmer Familienaufenthalt.

Café Köpff
Vornehmstes Familien-Café
Lübeck. Breite Str. 89.

Spezialgeschäft für Schuhzeug und Bekleidung
Otto Schröder
Balauerfohr 17.

»OPERA«
KÜNSTLERSPIELE
ABENDS 8½ UHR.

D Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan Musterschutz

Abfahrt der Züge von Lübeck nach
Hamburg: 5^45, 7^47, 11^03, 1^26, 4^17, 7^22, 8^20 D-Zug, 9^30 Sonntags, 9^35.
Travemünde-Niendorf: 5^27 Werkt., 8^15 Travem., 2^07, 6^52.
Büchen: 8^00, 1^30, 5^30. — Segeberg: 1^30 Werktags, 2^10 Sonntags, 7^30.
Eutin: 7^15, 2^00, 6^48.
Kleinen: 7^15, 9^26 D, 9^42 D, 12^02, 5^24, 9^25. (Ohne Gewähr. — Musterschutz.)

Schuhwarenhaus Auguste Popp
Nur gute Schuhe sind billig!

Zillerthal Hinter St. Petri 6 bei der Post. Gemütl. Aufenthalt. Künstlerkonzerte.

Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50/52

Stadthallen-Restaurant und weißer Saal
Sonntags: im vorderen Raum: Konzert, im weißen Saal: vornehmes Kränzchen.
Mittwochs: Familienabend mit Tanz. CORT HANSCHEN.
NB. Halte meine Lokalitäten für Gesellschaften und Festlichkeiten bestens empfohlen.

Schuhwarenhaus von Ludwig Krell, Königstr. 44
Lager in Arbeiterstiefeln :: Feinste Maßanfertigung
Reparaturen, Leder-Ausschnitt.

Café Viktoria
Mühlenbrücke 1
Täglich Konzert

Kammerlichtspiele Königstraße 25
Jeden Freitag hochinteressantes neues Programm

Biete alle Arten Schuhwaren zu billigen Preisen an, da kleinen Laden und wenig Unkosten.
F. Lücht, Hüxstraße 59.

Bodega-Weinstuben
Inh. H. Giesenberg Fleischhauerstr. 14
in allbekannter Güte.

Alexander Krock :: Königstraße Nr. 47
Spezialgeschäft in Lederwaren, Reisekoffern, Reise- und Damentaschen in reicher Auswahl.

53 Aegidienstraße 53
Man kauft und verkauft am vorteilhaftesten Garderobe, Pelzwerk usw. Börse
53 Aegidienstraße 53

Kurhaus Israelsdorf
Lübecks beliebtester Ausflugsort.

Sporthaus Paul Gassmann
Telephon 2171 LÜBECK, Breite Straße 83 Telephon 2171
Loden-Bekleidung
Vollständige Wander- und Sport-Ausrüstungen in sachgemäßer Ausführung, in erprobt bewährten Qualitäten.

79 Fischergrube (Börse) 79
Man kauft und verkauft am vorteilhaftesten Garderobe, Seemannsartikel, Pelzwerk
Börse Fischergrube

Geertz Hotel, Schwartau am Riesebusch. Jed. Sonnt. Konzert.